

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Tankstellen-Shops: Hurra, der neue GAV ist da! Seite 6

Pandemie
Unia-Mann
Hilmi Gashi
appelliert:

«Schützt
euch!
**Impft
euch!**»

Der **Unia-Migrationsexperte** fing sich in den Ferien das Virus ein. Im **work** erzählt er und lanciert einen **dringlichen Appell**. **Ausserdem im Corona-Schwerpunkt: Zertifikate: Bundesrat** hat entschieden, (noch) nicht zu entscheiden **+++ Impfen & Co.:** Das sagt das **Arbeitsrecht**. Seiten 2, 3, 4, 14-15



Vania Alleva zu Unia 2.0

Grosses Interview
über den grossen
Umbau. Seite 9

work sprach mit Ex-Guerrillero

In Kolumbien sind
Angriffe auf Linke
und Gewerkschafter
an der Tagesordnung.
Das Dossier. Seiten 10-11

Streiken in der Pflege?

Deutsche Kolleginnen
und Kollegen zeigen,
wie es geht. Seite 8

AHV & BVG: Rechte Saboteure!

Pensionskassen und
Banken lancieren aus
dem Hinterhalt einen
neuen Angriff auf alle
unsere Renten. **work**
nennt ihre politischen
Handlanger. Seite 5



workedito
Marie-Josée Kuhn

DIE CORONA-SEUCHE

Pocken, Tuberkulose, Kinderlähmung, Typhus: Einst rafften sie auch in der Schweiz Zehntausende dahin. Liessen sie gelähmt, fiebrig, nach Luft ringend und Blut spuckend zurück. Oft bis zum Tod. Zum Beispiel die Tuberkulose, die Tb, auch Schwindsucht genannt: Letztmals wütete sie hier von 1905 bis 1906 und hinterliess 18385 Tote. Die

«Wo der Geier niedersaust, er stirbt die Luft.»

er stirbt die Luft. Nidwaldner Schriftstellerin Isabelle Kaiser, die selber an der Krankheit litt, beschrieb sie 1921 so: «Ein wilder Geier, kreist er durch die Lüfte – und hackt sich ein in jede zarte Brust. Als Schacher des Todes und der Gräfte. Da, wo er niedersaust, er stirbt die Luft.»

POCKEN-MAL. Die Älteren unter uns erinnern sich noch gut daran, als jeweils der Röntgenwagen auf dem Schulhof vorfuhr. Für die «Schirmbildaktionen», zur TB-Früherkennung. Und an die Impfung. Die Älteren unter uns erinnern sich auch noch an die Pockenimpfung. Am Oberarm haben sie immer noch dieses kreisrunde Mal. Diese Delle, die deshalb entstand, weil der Impfstoff nicht gespritzt, sondern mit einer Impfpistole injiziert wurde. Die Älteren unter uns erinnern sich zudem an die Polio-Schluckimpfung: «Schluckimpfung ist süss. Kinderlähmung ist grausam», warben sie damals für das gelobte Siropli. Inzwischen sind TB, Pocken und Polio bei uns ausgerottet. Derart ausgerottet sogar, dass wir sie nicht einmal mehr fürchten.

SCHÜTZT EUCH! Dafür lehrt uns jetzt Corona das Fürchten. Schon rollt die vierte Welle der Pandemie an. Und schon wieder sind Intensivstationen am Limit. Wie auch die Pflegerinnen und Pfleger. Immer mehr hängen ihren Beruf an den Nagel, weil sie erschöpft sind und frustriert (Seite 4). Neuerdings mischt sich in ihren Frust über die Zwölf-Stunden-Schichten und den chronischen Mangel an Personal auch noch ein «wachsendes Unverständnis» für das Corona-Verhalten gewisser Leute ein. Ein Unverständnis für deren Leicht- oder Starrsinn. Von den hospitalisierten Corona-Erkrankten sind derzeit 90 Prozent nicht geimpft. Nicht unbedingt, weil sie es nicht wollen. Die offizielle Impfkampagne scheint viele nur noch nicht erreicht zu haben. Das sagt Unia-Migrationsexperte Hilmi Gashi. Auch er war noch nicht geimpft, als ihn das O-Virus in den Ferien erwischte. Und auch er ist kein Impfgegner. Gashi erzählt seine Geschichte und lanciert einen dringlichen Appell. «Schützt euch! Impft euch!», ruft er uns zu und nimmt auch die Arbeitgeber in die Pflicht (Seite 3).

NICHT VERGESSEN. Wäre alles vielleicht anders gekommen, wenn wir von Corona nicht als Pandemie reden würden? Wenn wir beim guten, alten Wort «Seuche» geblieben wären? Ja, schätzt der Schweizer Schriftsteller Peter von Matt (84): «Ich plädiere dafür, diesen alten Begriff nicht zu vergessen», sagte er kürzlich in einem Interview («Sonntagszeitung»). Und: «Wir tun so, als sei das Coronavirus eine völlig neue Erfahrung für die Menschheit. Das ist es aber nicht. Es steht in der langen Tradition der Seuchen.» Schon möglich, dass, wenn wir Corona als Seuche begreifen und fürchten täten, auch das Impfen nicht so umstritten wäre. Unbestritten jedenfalls ist das: Weggebracht haben wir Pocken & Co. nur durch breites Impfen und mehr Hygiene. Und das ist noch nicht so lange her.

Bundesrat hat entschieden, (noch) nicht zu entscheiden

Zertifikat: Zig-zag oder zack?

Trotz grosser Zustimmung zur erweiterten Zertifikatspflicht verschiebt der Bundesrat die Entscheidung darüber. Immerhin könnte die Regierung jetzt rasch handeln, wenn das Hoffen nicht mehr hilft.

CLEMENS STUDER

Am 1. September (Redaktionschluss dieser Ausgabe) vermeldet das Bundesamt für Gesundheit (BAG) für den Vortag 3202 neue Coronafälle. Von 33 325 Tests waren 9,6 Prozent positiv. 84 Personen wurden mit Corona-Diagnose ins Spital eingeliefert. Es gab drei neue Todesfälle.

Am gleichen Tag traf sich der Bundesrat zu seiner wöchentlichen Sitzung. Auf der Traktandenliste stand auch das Ergebnis der

Der Bundesrat setzt auf das Prinzip Hoffnung.

Konsultation, in die der Bundesrat eine Woche zuvor die Ausweitung der Zertifikationspflicht geschickt hatte. Ergebnis: Kantone, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände

unterstützen mehrheitlich und grundsätzlich eine Ausweitung der Zertifikatspflicht, um eine Überlastung der Spitäler zu verhindern. Doch der Bundesrat entschied, sich (vorerst) nicht zu entscheiden. So bleibt die Überprüfung von Zertifikaten zum Beispiel in den Innenräumen von Gastrobetrieben, Kultur- und Sportveranstaltungen in Innenräumen und in den Innenbereichen von Museen, Zoos, Fitnesscentern freiwillig. Generell ablehnend äusserten sich die SVP und der Wirtverband Gastrouisse. Bei letzterem sind viele Mitglieder weiter als ihre Funktionäre und bedienen ausschliesslich Geimpfte, Genesene und Getestete. In der Gewerkschaftsbewegung umstritten ist der Zertifikatseinsatz in der Arbeitswelt.

KANTONE BLOCKIERT

Mit seinem Nicht-Entscheid blockiert der Bund auch jene Kantone, die selbständig die Zertifikatspflicht erweitern möchten, etwa weil sich die Lage in ihren Spitälern zuspitzt. Bei Redaktionschluss waren die Schweizer Intensivstationen durchschnittlich zu 77,6 Prozent ausgelastet. 31,1 Prozent davon durch Covid-Patientinnen und -Patienten. Die absolute Mehrheit davon jüngere Nichtgeimpfte. Vollständig belegt waren die Intensivstationen in den Kanto-

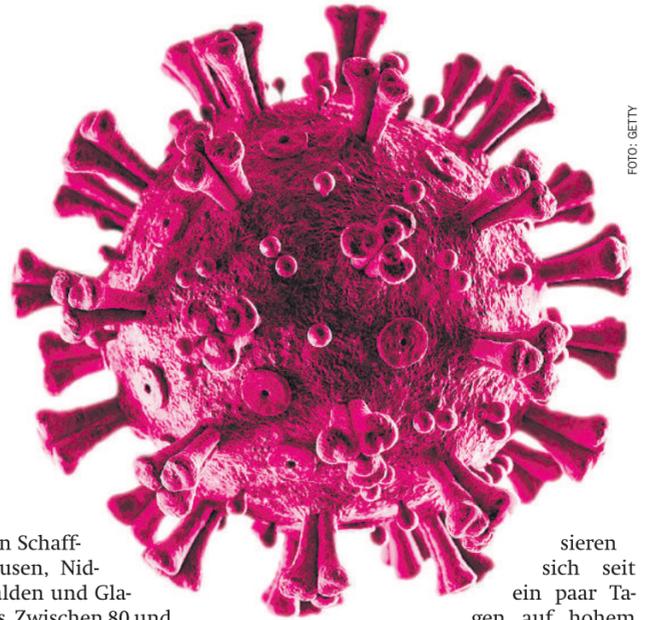


FOTO: GETTY

nen Schaffhausen, Nidwalden und Glarus. Zwischen 80 und 90 Prozent ausgelastet sind sie in den Kantonen Aargau (81,2%), Basel-Stadt (91,3%), Solothurn (88,2%), St. Gallen (86,7%), Thurgau (89,7%), Wallis (90,5%), Zug (87,5%) und Zürich (87,2%).

HOFFEN ODER HANDELN?

Der Bundesrat begründet sein Zögern mit der «abgeschwächten Dynamik der Pandemie in den letzten Tagen». Und mit der wieder gestiegenen Impfbereitschaft. Beides ist hochgegriffen. Die Zahlen stabili-

sieren sich seit ein paar Tagen auf hohem Niveau. Aber die Schweiz ist mit 52 Prozent Vollgeimpften immer noch westeuropäisches Schlusslicht. Bis eine Impfung vollständig wirkt, geht es rund vier Wochen. Die Auswirkungen der Corona-Ansteckungszahlen auf die Belegung der Spitäler sind nach zwei bis drei Wochen sichtbar. Der Bundesrat setzt auf das Prinzip Hoffnung. Aber er kann nach der durchgeführten Konsultation immerhin umgehend handeln, wenn Hoffen nicht mehr hilft.

Einmal hin, einmal her: SVP-Politik ist nicht schwer Das Seuchen-A(eschi) B(alkan)C(orona)



FERIENFORSCHER: Ende Juli schwärmte Thomas Aeschi von der «Party-Normalität» in den Balkan-Ländern. FOTO: KEYSTONE

Irgendwas mit B ist immer schuld, wenn A wie Aeschi Thomas (SVP) über C wie Corona redet: B wie Bundesrat, B wie Berset, B wie BAG oder B wie Balkan. Aber meistens läuft für A faktenmässig eher B wie blöd.

CLEMENS STUDER

SVP-Fraktionspräsident Thomas Aeschi reist gerne. Zum Beispiel nach Tunesien oder nach Eritrea. Diesen Sommer besuchte er den Balkan. Und er bringt dann auch immer Erkenntnisse mit, die exakt ins SVP-Weltbild passen. Aeschis Souvenirs werden jeweils gerne von den vereinigten Aargauer und Zürcher Zentralredaktionen und dem Deutschschweizer Fernsehen gross verbreitet. Zum Beispiel so: In Tunesien sind Geflüchtete sicher und werden gut behandelt. Eritrea ist so schön, friedlich und demokratisch, dass alle in die Schweiz geflüchteten Frauen, Männer und Kinder umgehend ausgeschafft werden können.

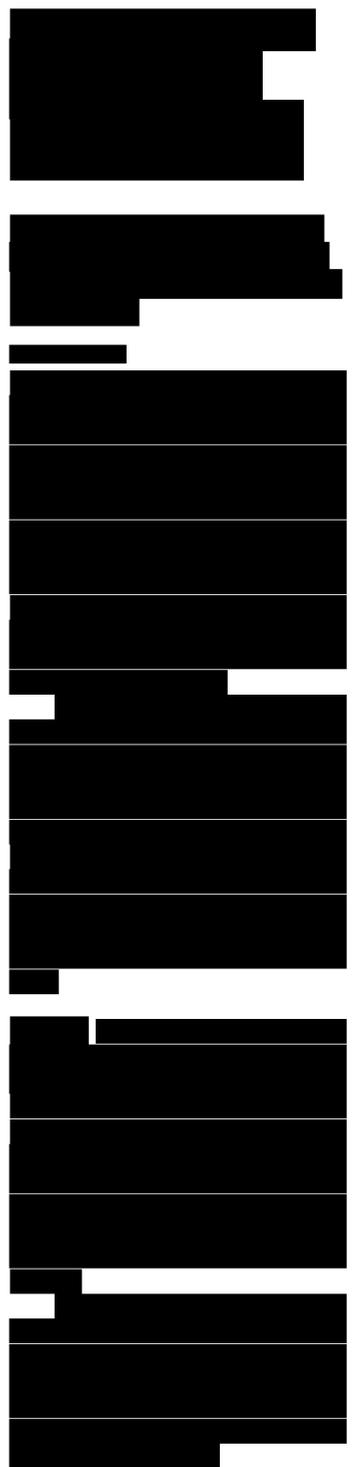
VORBILD BALKAN. Und dieses Jahr war eben der Balkan dran. Aeschi schwärmte Ende Juli von seiner Reise: Kaum Masken habe er gesehen, sein Covid-Zertifikat nie zeigen müssen, das Impfbüchli nur einmal. Und diktierte der

dienstbaren «Sonntagszeitung»: «In all diesen Ländern ist man praktisch zur Normalität zurückgekehrt.» Deshalb müsse unser Bundesrat «die besondere Lage nun sofort aufheben». Die Balkan-Länder zum Vorbild nehmen. Denn, so wusste Ferienforscher Aeschi: «Das Risiko einer Überlastung des Gesundheitssystems ist praktisch ausgeschlossen.»

SÜNDEBOCK BALKAN. Es kam bekanntlich anders. Innert drei Wochen nur. Die Ansteckungen steigen rasant, die Intensivstationen füllen sich, erste Spitäler verschieben deshalb bereits wieder Operationen. Zeit für ein B für Besinnung für A wie Aeschi? Aber nein doch! Irgend-

B für Besinnung für A wie Aeschi? Aber nein doch!

ein neues böses B findet einer wie der SVP-Fraktionspräsident immer. Und die geneigten Medien helfen. Kurzerhand mutierte bei der SVP der «gute Balkan» zum «bösen Balkan» zurück. Schneller als das Virus von der Wildvariante zu Delta. Denn, so die alte neue Erzählung: ohne die «Balkan-Rückkehrer» hätte die Schweiz kein Corona-Problem. Einmal hin, einmal her: SVP-Politik ist nicht schwer!





Nein, Gewerkschafter Hilmi Gashi (54) ist kein Impfgegner. Doch mit der Reserviererei für die Corona-Impfung im Kanton Bern war's nicht ganz einfach. Und dann kamen auch schon die Sommerferien, Gashi verschob den Piks auf danach. Und das Virus schlug zu.

Corona: Aufruf von Unia-Migrationsexperte Hilmi Gashi «Macht es bitte besser als ich! Schützt euch! Impft euch!»

«**Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe work-Leser und -Leserinnen.**

Die vierte Corona-Welle rollt auf uns zu: Seit dem 2. Juli haben sich die Spitalerweisungen mit Covid dreissigfacht. Das sagt das Bundesamt für Gesundheit. 90 Prozent der Hospitalisierten sind ungeimpft. Viele haben sich in den Ferien angesteckt. Und schon wieder wird es eng auf den Intensivstationen. Bereits verschoben einzelne Spitäler dringende Operationen auf später. Das ist ungemütlich! Und das macht Angst!

Auch ich war ungeimpft, als mich das Virus erwischte. Besser gesagt: Ich war noch nicht geimpft. Denn ich bin kein Impfgegner, ich bin sogar gegen Zecken geimpft. Aber irgendwie war das mit den Impfterminen im Kanton Bern ziemlich kompliziert. Ich ging zwar immer wieder online, um noch einen Termin zu ergattern, doch ich hatte Pech. Ich gehöre zu keiner Risikogruppe, habe auch keine Vorerkrankungen. So verging die Zeit. Plötzlich standen dann die Sommerferien vor der Tür. Ich dachte, okay, geh ich halt nachher impfen. Und genau dann schlug das Virus zu.

Auch mich erwischte es in den Ferien. Zum Glück musste ich nicht ins Spital! Aber auch so ist es nicht lustig. **Ich fühlte mich wie auf einer Achterbahn: Am einen Tag ging's bergauf, am anderen wieder rasant nach unten. Diese Krankheit ist völlig unberechenbar und auch unheimlich, jedenfalls ganz anders als die Grippe.** Da liegst du dann isoliert im Zimmer im Bett, schleppest dich durch den Tag und fragst dich: Was kommt da noch?

Wird's bald besser werden? Und die Geschichten von Long Covid geistern im Kopf herum: Wird es mich auch treffen? Es sind belastende Vorstellungen, die durch die Isolation noch verstärkt werden.

Deshalb sage ich euch: Ich weiss, eine Impfung schützt nicht zu hundert Prozent, aber sie senkt das Risiko, an Corona zu erkranken oder als schwerer Fall im Spital zu landen. Und selbst für den seltenen Fall eines Impfdurchbruchs erkrankt die überwiegende Mehrheit der Betroffenen viel weniger schwer.

**Schützt euch! Impft euch!
Mbrohuni! Vaksinohuni!
Zaštitite se! Vakcinišite se!
Protejam-se! Vaccinem-se!
Kendinizi koruyun! Aşınızı olun!
¡Protegeos! ¡Vacunaos!**

Unter dem Strich bleibt es wahrscheinlicher, mit der Impfung besser durch die Pandemie zu kommen, als ohne. Deshalb sollten sich alle, die sich impfen lassen wollen, auch impfen lassen können. Möglichst ohne Bürokratie! Wer schon bei einem einfachen Behördengang überfordert ist, wird es beim Impfgang erst recht sein. All die Bauarbeiter und Verkäuferinnen, die nicht am Computer arbeiten – sie brauchen unkomplizierte Impfangebote. Selbstverständlich ohne Zwang! Und für sie muss die Impfzeit unbedingt auf Arbeitszeit gehen. Da sind jetzt auch die Arbeitgeber gefordert! Gut, dass Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt

da vorangeht. Er sagte kürzlich (in der NZZ): (In der aktuellen Situation sollte das Impfen ausnahmsweise auch während der Arbeitszeit ermöglicht werden.)

Als Gewerkschafter weiss ich: Wer sich während der Arbeitszeit impfen lassen kann und keine Angst haben muss, wegen der Nebenwirkungen auszufallen, lässt sich eher impfen. Mir ist auch zu Ohren gekommen, dass an etlichen Arbeitsplätzen die Impfskeptiker das grosse Maul führen. Das geht nicht! Da müssen die Betriebe dafür sorgen, dass die

Diskussion offen und faktenbasiert geführt werden kann. Es sollen nicht die Impfskeptiker die Lautesten sein!

Und noch etwas, das mir sehr am Herzen liegt: Dieser Tage ist in den Medien viel die Rede von Impfnuffeln mit migrantischen Wurzeln. Besonders mit Wurzeln auf dem Balkan. Da kann ich nur sagen: Sorry, aber Covid ist kein Balkan-Virus! Impfskepsis ist in allen Gesellschaftsschichten und auch unter den Schweizerinnen und Schweizern stark verbreitet. Das zeigt die tiefe Impfquote hierzulande. Die tiefste in ganz Westeuropa!

Die Erkenntnis, dass sich die Delta-variante des Virus schneller verbreitet

und nicht nur für Risikogruppen gefährlich ist, hat viele Menschen offensichtlich nicht erreicht. Das kann auch ein Grund sein, warum die jüngeren gezögert haben, sich impfen zu lassen.

Klar, es gibt auch unter den Migrantinnen und Migranten Impfskeptische, aber das ist kein Migrationsphänomen. Was aber stimmt, ist, dass die offizielle Impfkampagne diese Kolleginnen und Kollegen noch gar nicht richtig erreicht hat. Und dass sie deshalb noch viele Vorurteile gegen das Impfen haben. Was es jetzt braucht, ist gut verständliche Aufklärung von Expertinnen und Experten aus ihrem eigenen Umfeld. Und in den Migrationssprachen.

Mir war es wichtig, als Direktbetroffener meine Erfahrung mit euch zu teilen. Daher auch mein Appell an euch, liebe Kolleginnen und Kollegen: **Schützt euch! Impft euch!»**

Hilmi Gashi (54) ist Leiter Bereich Interessengruppen bei der Unia und Migrationsexperte. Er wurde in Kosovo geboren, kam 1988 nach Bern. Ursprünglich als Saisonnier auf dem Bau. Seit 15 Jahren arbeitet er bei der Gewerkschaft Unia. Er lebt mit seiner Familie in Muri bei Bern.

WORK-CORONA-SCHWERPUNKT

- Welle um Welle müssen die **Pflegenden** stemmen. Seit Monaten sind sie am Anschlag und langsam sauer auf Ungeimpfte. **Seite 4**
- Pandemie-Bekämpfung am **Arbeitsplatz**: Was darf der Chef oder die Chefin von mir verlangen? Und was nicht? Alle Antworten im grossen work-Ratgeber **Seiten 14–15**

Immer mehr Pflegerinnen und Pfleger steigen aus ihrem Beruf aus «Jetzt kommt schon die vierte Welle!»

Initiative: Mehr Geld für die Pflege!

Nicht erst seit Corona ist klar: Es braucht mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege. Doch die Spitäler und Heime müssen ein Budget einhalten oder sogar Gewinn



abliefern. Yvonne Ribl, Geschäftsführerin des Pflegeverbandes SBK, sagt: «Unser Gesundheitssystem hat ein strukturelles Problem. Die Spitäler und Heime bekommen von den Krankenkassen und der öffentlichen Hand nicht genügend Geld für die Pflegeleistungen, um wirklich bessere Arbeitsbedingungen zu finanzieren.»

BOTSCHAFTER. Genau das fordert unter anderem die Pflegeinitiative, über die wir am 28. November abstimmen. Für die Abstimmungskampagne sucht die Unia derzeit Botschafterinnen und Botschafter, die ihre Kolleginnen und Kollegen im Heim zu einem Ja an der Urne bewegen. Schon 65 Pflegende machen mit!

www.unia.ch/pflegeinitiative



FOTO: MICHAEL SCHÖCH

INTENSIVPFLEGERIN SELMA GRADINICIC: «Wir dachten, jetzt muss es doch mehr Stellen geben. Vielleicht es bitzeli mehr Lohn. Aber nein, nichts ist geschehen, gar nichts!»

Und wieder müssen sie alles geben: Die Stimmung unter den Pflegenden ist angespannt, auch weil sich nichts ändert.

CHRISTIAN EGG

Eine 12-Stunden-Schicht, das ist seit Anfang der Coronazeit keine Seltenheit für Intensivpflegerin Selma Gradinicic. Und immer in Schutzkleidung. Sie sagt: «Darunter schwitzt man und bekommt Hautausschlag. Das sollten alle mal erleben!» Die 38jährige Bündnerin, die als Temporäre quer durch die Schweiz in Intensivstationen aushilft, macht sich Luft. Am Anfang hätten die Leute als Dank noch

geklatscht, «jetzt heisst es nur noch: Macht einfach weiter!»

Unia-Mitglied Gradinicic erinnert sich noch genau an den Moment, als ihr Frust plötzlich grösser wurde als ihr Pflichtbewusstsein. Die zweite Welle war gerade vorüber, «da dachten wir, jetzt muss es doch mehr Stellen geben. Vielleicht es bitzeli mehr Lohn.» Aber nein, nichts sei geschehen, gar nichts! Gradinicic fühlt sich erschöpft und verschaukelt. Sie hat drum auf 50 Prozent reduziert.

Auch Susanne B. mag nicht mehr. Sie steckte sich bei der Arbeit mit Corona an. Und nach einem Betriebsunfall

braucht sie nun ständig Schmerzmittel: «Ich bin voll auf Voltaren und Ponstan», sagt die Pflegerin, die in einem Aargauer Altersheim arbeitet. «Lieber heute als morgen» würde sie den Beruf an den Nagel hängen, wenn sie könnte. Aber sie muss noch durchhalten bis zur Pensionierung.

Bereits die Reissleine gezogen hat Martha Frei*. Sie arbeitete in der ersten Welle auf einer Coronastation, steckte sich an und erkrankte schwer. Nach drei Wochen wurde sie wieder zur Arbeit eingeteilt. Und dies, obwohl sie noch immer stark hustete. Der Druck der Stationsleitung sei immens gewesen, sagt sie: «Es mussten genügend Leute her für den Dienstplan.» Heute ist sie nicht mehr im Beruf.

INTENSIVSTATIONEN AM ANSCHLAG

Der Berufsverband der Pflegenden SBK berät aktuell viele, die aus dem Beruf aussteigen wollen oder aussteigen müssen. Barbara Dätwyler, Präsidentin der SBK Ostschweiz, sagt: «Es gibt Stationen, bei denen bis zu 50 Prozent der Mitarbeitenden gegangen sind.» Das spüren auch die Intensivstationen. Viele sind bereits am Anschlag. Und das, während gleichzeitig die vierte Coronawelle herandonnert.

Das Berner Inselspital musste eine kürzlich eröffnete neue Intensivabteilung wieder schliessen, weil es nicht genug qualifiziertes Personal fand. Und Intensivpflegerin Gradinicic sagt: «In einem Spital können wir von 22 Intensivbetten nur 12 benutzen, weil es zu wenig Personal hat.» Sie bekommt täglich mehrere Jobangebote.

Jetzt behelfen sich die Spitäler und schicken Pflegende aus anderen Abtei-

lungen in die Intensivstationen. Doch das ist nicht nur eine Entlastung. Intensivpfleger Rolf Weber* sagt: «Ich kann einem Kollegen schon eine Patientin geben. Aber wenn sie instabil wird, weiss er nicht, was zu tun ist.» Die Folge: Er, der Intensivpfleger mit Zusatzausbildung, ist jetzt zeitweise statt für einen Patienten gleich für mehrere zuständig.

SIE HABEN'S NICHT BEGRIFFEN

Und dann kommt noch der Frust hinzu, dass viele schwere Corona-Verläufe vermieden werden könnten. Beat Wyss*, Anästhesiepfleger am Unispital Zürich, stellt «ein wachsendes Unverständnis» für gewisse Leute fest. Sie hätten immer noch nicht begriffen, dass sie mit einfachen Massnahmen – Abstand, Maske, Verzicht auf Reisen – viel gegen die Pandemie tun könnten. Und auch mit der Impfung. Aktuell sind über 90 Prozent der wegen Corona Hospitalisierten ungeimpft. Barbara Dätwyler vom SBK sagt: «Als Privatperson macht man sich natür-

Aktuell sind über 90 Prozent der wegen Corona Hospitalisierten ungeimpft.

lich Gedanken darüber. Aber öffentlich sagen würden die meisten Pflegenden das nie. Das ist Teil des Berufsethos.» Das sieht auch Selma Gradinicic so. Mit Nachdruck sagt sie, das Gesundheitssystem beruhe auf Solidarität: «Wir pflegen auch den Töfffahrer, der zu schnell gefahren ist. Es ist mein Beruf.»

* Namen geändert

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Hyperloop-Kapseln: Können wir bald in nur 13 Stunden umweltfreundlich von Zürich nach Peking rasen?

Lange Zeit nahmen nur wenige die mRNA-Technologie ernst, auf der auch die Corona-Impfstoffe von Pfizer/Biontech und Moderna basieren. Jetzt rettet sie Millionen von Menschen das Leben. Gelingt der ETH Lausanne jetzt ein vergleichbarer technologischer Durchbruch beim Elektro-Engineering?

Wir laufen zurzeit voll in die vierte Coronawelle. Nur wenige sind in der Schweiz für eine staatliche Impfpflicht. Obwohl etwa die Gurtenpflicht beim Autofahren Tausenden von Schweizerinnen und Schweizern das Leben gerettet hat. Für mehr Staat ist ausge-rechnet der ehemalige Banker und heutige Regierungschef Italiens, Mario Draghi. Wer hätte sich das links je vorstellen können? Seine Regierung gibt den Italienerinnen und Italienern den Tarif durch: Entweder sind bis im Oktober 80 Prozent der Menschen freiwillig geimpft, oder es kommt zu einer Impfpflicht.

Die normative Kraft des Ausländischen wird wohl in die Schweiz überschwappt. Schlicht und einfach deshalb, weil die meisten von uns Ferien im Ausland machen wollen. Und das wird schon relativ kurzfristig nur mit einem Impfschein möglich sein. Der Grund: Auch Geimpfte können sich anstecken. Aber von 100 000 Geimpften landen zehn bis zwanzig Mal weniger im Spital als von 100 000 Nichtgeimpften. Und zunehmend wird



BAHNBRECHENDE TECHNOLOGIE: 700 Kilometer zurücklegen und dabei nur 20 Wattstunden verbrauchen. Hyperloop-Testanlage in Ecublens VD. FOTO: EPL

es nur mehr auf die Zahl der Spital-eintritte ankommen, auf die Zahl der Menschen auf den Intensivstationen.

Der Widerstand gegen das Impfen ist zu einem schönen Teil ein sozialer Protest. Verständlich: Gabriela Länger, Personalchefin der Postfinance, soll während Wochen in ihrem Ferienhaus auf Gran Canaria im Homeoffice gearbeitet haben. Das vermeldete zumindest das Onlineportal «Inside-Paradeplatz». Während die Brief-trägerin und work-Kolumnistin Katrin Bärtschi auch bei Starkregen Briefe verteilen musste, wie sie in ihrer letzten Kolumne schrieb (rebrand.ly/regen). Vor Corona und Homeoffice sind eben nicht alle gleich.

MIT 700 SACHEN UNTERWEGS. Lange Zeit nahmen nur wenige die mRNA-

Technologie ernst, auf der auch die beiden hochwirksamen Corona-Impfstoffe von Pfizer/Biontech und Moderna basieren. Doch jetzt retten sie Millionen von Menschen das Leben. Gelingt der Technischen Hochschule in Lausanne nun ein vergleichbarer Durchbruch auf einer ganz anderen Ebene?

Der US-amerikanische Tesla-Unternehmer Elon Musk will seine Hyperloop-Kapseln mit 1200 Kilometern pro Stunde widerstandsarm durch Vakuumröhren jagen. Doch der Lausser Elektro-Engineering-Professor Mario Paolone geht davon aus, dass mehr als 700 Kilometer pro Stunde nicht möglich sein werden. Er will bis ins Jahr 2026 ein System entwickeln, das bei einer Reisegeschwindigkeit von 600 bis 700 Kilometern pro Stunde

funktioniert. Und pro Passagierin, pro Passagier und Kilometer nicht mehr als 20 Wattstunden verbraucht.

Wir wären so in 13 Stunden von Zürich in Peking und würden für diese Fahrt nur 140 Kilowattstunden Strom verbrauchen. So viel, wie wir mit einem halben Quadratmeter Solarzellen produzieren können. Vielen graust es vor so viel technischem Fortschritt. Andere freuen sich.

Klar ist so oder so: Die ETH Zürich und die ETH Lausanne gehören weltweit zu den besten Universitäten. Und sie werden in nächster Zeit viel mehr Geld brauchen. Weil nach dem Abbruch des verhandelten Rahmen-abkommens mit der EU die besten Forscherinnen und Forscher nicht mehr federführend europäische Forschungsprogramme betreuen dürfen.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/immun
In der Presse lesen wir: «Den Angaben des medizinischen Krisenstabs der Stadt Wien zufolge lag der Anteil bei Patienten in Intensivbehandlung mit Stichtag 18. August bei fast 94 Prozent, bei denen entweder keine Vollimmunisierung vorlag oder diese durch eine Immun-Unterdrückung beeinträchtigt war. Bei exakt 16 Personen auf einer Intensivstation bleibt somit ein Patient mit Vollimmunisierung.»

● rebrand.ly/home-office-gran-canaria
Vermutlich hat SBB-Chef Vincent Durot recht, der sich gegen permanentes Homeoffice für Privilegierte wendet.

● rebrand.ly/die-besten
Wir können stolz auf unsere staatlichen technischen Hochschulen sein. Sie gehören weltweit zu den besten. Auch dank vielen ausländischen Professorinnen und Professoren. Wissen ist nicht national, sondern international. Zur Erinnerung für die Vergesslichen: Albert Einstein liess sich in der Schweiz einbürgern.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Ob AHV oder BVG: Angriff an allen Fronten Scharfmacher-Trio will uns an die Renten

Droht bei der grossen Rentenreform schon wieder ein Scherbenhaufen? Die drei rechten Hardliner Thomas de Courten, Hans-Ulrich Bigler und Alex Kuprecht tun alles, um die Reform zu gefährden.

RALPH HUG

Am Anfang sah es an der Rentenfront noch gut aus. Gewerkschaften und Arbeitgeber fanden letztes Jahr einen Kompromiss. Mit konkreten sozialen Fortschritten: Topverdienende hätten sich beteiligen müssen, um die wachsende Rentenlücke in der zweiten Säule zu stopfen. Gerade die tiefen Frauenrenten wären deutlich verbessert worden. Der Bundesrat übernahm den Vorschlag der Sozialpartner. Jetzt liegt das Geschäft im Nationalrat. Auch dort sah es zunächst gut aus. Noch im Juni wollte die zuständige Kommission die Lösung weitgehend akzeptieren.

Doch jetzt machte das Gremium plötzlich rechtsumkehrt. Zum Ärger von Gewerkschaftsbund, Travail Suisse und dem Arbeitgeberverband.

BVG: Pensionskassen schwimmen im Geld

Die Pensionskassen sackten selbst während der Pandemie-Krise noch schöne Renditen ein. Gemäss UBS-Index waren es im Anlagejahr 2020 im Schnitt 4,09 Prozent. In den letzten fünf Jahren erzielten sie eine Durchschnittsrendite von 4,72 Prozent. Dennoch weigert sich die BVG-Kommission des Bundes, den technischen Mindestzinssatz für Altersguthaben zu erhöhen. Er soll weiterhin bei mickrigen 1 Prozent verharren.

DICKE POLSTER. Anträge des Gewerkschaftsbunds auf eine höhere Verzinsung schmetterte die Kommission ab. Dabei haben die Vorsorgeeinrichtungen inzwischen so dicke Polster angelegt, dass ihr durchschnittlicher Deckungsgrad auf einen historischen Höchststand von 119,9 Prozent geklettert ist. (rh)



**Thomas de Courten,
Nationalrat (SVP)**

**Hans-Ulrich Bigler,
Ex-Präsident SGV**

**Alex Kuprecht,
Ständerat (SVP)**

FOTOS: PARLIAMENTS.CH

Ihr Kompromiss sei «massiv zerstaubt» worden, warnen sie. Es drohe erneut ein Scherbenhaufen. Was ist passiert?

DE COURTENS SCHRÖPF-MODELL Über Nacht brachte der Basler SVP-Mann Thomas de Courten ein neues Modell in die Kommission ein. De Courten ist ein Mann der Pensionskassen. Er sitzt im Verwaltungsrat der Gewerbekasse Asga. SP-Nationalrätin und Kommissionsmitglied Barbara Gysi verrät work: «Über den Sommer hinweg gab es ein intensives Lobbying.» Der Versicherungsverband liess im Hintergrund die Muskeln spielen.

Denn der Kompromiss der Sozialpartner ist den Versicherungskonzernen und den Rechten im Bundeshaus ein Dorn im Auge. Weil er ihre Geschäfte schmälert. Und weil er mit dem Rentenzuschlag eine Solidaritätskomponente einführt, die es bisher im BVG nicht gab. Anders als die soziale und effiziente AHV, die nach dem Umlageverfahren funktioniert (von Jung zu Alt) und deren Gelder nicht im Finanzcasino zirkulieren, ist die zweite Säule lukrativer Tummelplatz von Versicherungen und Banken. Und die haben vor allem ihren Profit im Auge.

SKANDAL 1: De Courten nimmt mit seinem Schröpf-Modell Rentenkürzungen von bis zu 12 Prozent in Kauf. Einen minimalen Ausgleich würden, anders als im Kompromiss der Sozialpartner, nur noch sehr wenige erhalten. Der Missstand sinkender Renten wäre nicht beseitigt. Doch damit nicht genug.

SKANDAL 2: Die so geschröpften Arbeitnehmenden sollen nach SVP-Courten den geplanten Zuschlag auch noch selber bezahlen. Die solidarische Finanzierung über ein halbes Lohnprozent, welche die Sozialpartner ausgehandelt haben, fiel weg. Gabriela

De Courten nimmt Rentenkürzungen von bis zu 12 Prozent in Kauf.

Medici, Sozialexpertin beim Gewerkschaftsbund, wird deutlich: «Mit diesem Vorschlag werden gerade Verkäuferinnen oder Krankenpflegerinnen mit ihren tiefen Löhnen zur Kasse gebeten.» Denn sie erhielten keinen Zuschlag, müssten aber dennoch an die Zuschläge jener zahlen, die nur im BVG-Obligatorium versichert sind. SGB-Chefökonom Daniel Lampart hat

ausgerechnet, was uns das kosten würde. Bei einem (Pflegerinnen-)Lohn von 45000 Franken zum Beispiel wären es über 15 Jahre hinweg knapp 2000 Franken. Frauen mit geringen Löhnen bräuchten aber nicht Einbusen, sondern dringend bessere Renten, so SGB-Expertin Medici.

SKANDAL 3: Bei de Courten's Vorschlag würden Topverdienende noch entlastet. Sie wären nämlich von Beiträgen an die Zuschläge befreit und würden erst noch von Steuererleichterungen profitieren. «Versicherungen und Banken haben sich auf der ganzen Linie durchgesetzt», so Medici.

AHV-KÜRZUNGEN

Noch ist aber nichts entschieden. De Courten hat die Kommission mit seinem Modell derart überrumpelt, dass unklar ist, was die Konsequenzen sind. Nun muss die Verwaltung Berechnungen über die drohenden Rentenverluste und die Verteilung der Belastungen vorlegen. Ein Entscheid wird im Herbst fallen. Die Hardliner können somit erst einen Punktsieg verbuchen.

Zu den rechten Rentenklauern zählt übrigens auch der abgewählte Gewerbeverbanddirektor Hans-Ulrich

workstandpunkt

Gnueg Heu dune!



Ralph Hug.

Die Rechten und Finanzlobbyisten im Bundeshaus greifen unsere Renten von allen Seiten her an. Bei der AHV: Da wollen sie die Frauenrenten verschlechtern.

Denn nichts anderes bedeutet das höhere Rentenalter 65, das sie durchdrücken wollen. Ausgerechnet bei den Frauen, die jetzt schon 37 Prozent weniger Rente erhalten als die Männer. Noch viel krasser ist die Situation in der zweiten Säule: 38 Prozent der Frauen haben überhaupt keine Rente und leben allein von der AHV.

MILLIARDENBUSINESS. Kommt dazu, dass sich die BVG-Renten seit Jahren im Sinkflug befinden, während die Beiträge für uns

Es braucht ein starkes Zeichen von uns allen! Versicherte ständig steigen. Resultat: Wir zahlen immer mehr für immer weniger

Rente. Und das in einem Milliardenbusiness, in dem die Banken und Versicherungen sogar während der Coronakrise noch zulegen konnten. Sie schwimmen im Geld, während unsere Altersvorsorge dahinschmilzt wie Schnee im Frühling.

GROSSE RENTENDEMO. Vor 15 Jahren gab es im BVG für ein angespartes Alterskapital von einer halben Million Franken noch 36000 Franken Rente. Bald sind es nur noch 25000 Franken. Nächstes Jahr will die Swiss Life die Altersguthaben im überobligatorischen Teil gerade mal noch mit 4,5 Prozent verzinsen. Andere liegen noch tiefer. So darf es nicht weitergehen! Unsere Renten gehören nicht ins Finanzcasino, wir müssen im Alter von ihnen leben. Die Gewerkschaften rufen darum zur grossen Rentendemo am 18. September in Bern auf. Es braucht jetzt ein starkes Zeichen von der Strasse. Von uns allen!

Bigler (FDP). Er attackierte den Sozialpartnerkompromiss seit Beginn. Der Dritte im Rentenklau-Bunde ist der Schwyzer SVP-Ständerat Alex Kuprecht. Unter seiner Führung wollen die Rechten in der AHV-Reform das höhere Frauenrentenalter 65 durchdrücken. Und das bedeutet nichts anderes als noch tiefere Renten für die meisten Frauen (siehe unten).



Alle an die Demo vom 18. September: Hände weg von den Frauenrenten!

Die rechte Mehrheit im Parlament will Frauen faktisch die Renten kürzen. Denn nichts anderes bedeutet die Erhöhung des Rentenalters. Die grosse Rentendiskriminierung in Zahlen:

- **Frauen erhalten 37 Prozent weniger Rente als Männer.** Vor allem wegen der Pensionskassen. Denn diese sind für tiefe Einkommen und Teilzeitarbeitende noch

unvorteilhafter als für alle anderen Lohnabhängigen.

- **Die Pensionskassenrenten sind bei Frauen 63 Prozent tiefer als bei Männern.** Die AHV-Renten sind bei Frauen und Männern praktisch gleich hoch.

- **38 Prozent der Rentnerinnen leben nur von der AHV, haben also keine zweite Säule.** Bei den Männern sind

es dagegen «nur» 19 Prozent. Und 23 Prozent der erwerbstätigen Frauen sind nur in der AHV versichert. Darum ist die AHV für Frauen besonders wichtig.

Jetzt haben die Gewerkschaften die Nase voll. Deshalb rufen sie am 18. September zur grossen AHV-Demo in Bern auf.

Alle Infos unter frauenrenten.ch



ILLU: NINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin & der Quereinstieg

Kürzlich hörte die Briefträgerin wieder einmal einen Kollegen über die Quereinsteiger und -einstiegerinnen wettern. Dass sie von der Strasse kämen oder aus dem Haushalt und



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

meinten, sie könnten einfach so Briefträger, Briefträgerin sein. Solches Geschimpfe erinnert die Briefträgerin unangenehm an die Zeit, wo sie selber so eine Dahergelaufene war. Damals, vor vierzehn Jahren, gab es noch weniger von de-

«Was macht eine gute, richtige Briefträgerin aus?»

nen, umso ärger waren diese wenigen aber dem Geschnöde und der Verachtung von Kollegen, Kolleginnen und Vorgesetzten ausgesetzt. Inzwischen hat die Briefträgerin einen Lehrabschluss, da gibt es nichts mehr zu kritisieren. Und dank zunehmender Zahl Teilzeitarbeitender stehen auch diese nicht mehr so im Abseits wie damals. Es mag mehrere Gründe für das ablehnende Verhalten der Altgedienten geben. Ein engstirniger Berufsstolz, Angst vor der Billigkonkurrenz. Dabei ist der massive Lohnunterschied zwischen den einstigen Postbeamten und den heutigen Quereinsteigenden doch wohl eher ein Schaden für diese und nicht für jene.

Das eingangs erwähnte Gekeif war für die Briefträgerin Anlass, eine kleine, nichtrepräsentative Umfrage zu starten: «Was macht eine gute, richtige Briefträgerin oder einen eben solchen Briefträger aus?»

SCHWER ZU SAGEN. «Dass sie oder er sich noch Zeit nimmt für die Leute und freundlich ist!» antwortete eine jüngere Kollegin ohne Zögern. «Das ist eigentlich fast das Wichtigste. Weiter korrektes Arbeiten und ein A-jour-Halten des Adressmanagements.» «Schwierig zu sagen», meinte ein älterer Kollege nachdenklich. «Vielleicht das Pflichtbewusstsein.» Ein Teamleader-Stv. sagte spontan: «Dass er oder sie über den Tellerrand hinausschaut. Punkto Betrieb, aber auch im Hinblick auf die Kolleginnen und Kollegen.» Ein Teamleader, grinzend: «Dass sie oder er dem Chef am Morgen einen Kaffee bringt.» Was der Spassvogel äusserte, kann hier nicht wiedergegeben werden, es entspricht nicht der Ausdrucksweise dieser Zeitung.

Tankstellenshop-Frau Carmen Heide (53) freut sich über den neuen GAV: Endlich mehr Lohn und mehr Erholung

Carmen Heide ist eine von rund 11 000 Tankstellenshop-Mitarbeitenden in der Schweiz. Und auch sie bekommt jetzt einen neuen Gesamtarbeitsvertrag. Und hofft, jetzt endlich von ihrem Job leben zu können.

CHRISTIAN EGG

Nicht ganz 3300 Franken pro Monat beträgt der Lohn von Carmen Heide für ihren 80-Prozent-Job. Macht knapp 4100 Franken auf eine Vollzeitstelle. Das ist etwas mehr als der aktuelle Mindestlohn laut Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Der liegt für den Kanton Schaffhausen, wo sie arbeitet, ohne Lehrabschluss bei 3600 Franken. Die 53jährige sagt, es sei «nichts als korrekt», dass sie mehr verdiene als der Mindestlohn: «Schliesslich habe ich zwölf Jahre Berufserfahrung.»

Erfahrung wird belohnt: Das ist jetzt neu auch im Tankstellenshop-GAV verankert. Die Sozialpartner, darunter die Unia, haben ihn neu verhandelt. Ab dem dritten Dienstjahr ist der monatliche Mindestlohn künftig 20 Franken höher. Unia-Frau Anne Rubin sass am Verhandlungstisch und sagt: «Das ist ein grosser Schritt. Denn in der Branche gibt es sehr viele Mitarbeitende ohne Lehrabschluss.» Die Arbeit an der Tankstelle ist oft der erste Job für Junge, Migrantinnen und Migranten oder Frauen nach der Baby-pause. Rubin: «Auf dieser neuen Mindestlohn-Kategorie können wir künftig aufbauen.»



Tankstellen-Verkäuferin Carmen Heide.

FOTO: MICHAEL SCHÖCH

ALLE MINDESTLÖHNE STEIGEN

Auch die Mindestlöhne steigen. Und zwar in den nächsten drei Jahren um mindestens ein Prozent pro Jahr. Nächstes Jahr liegt der Mindestlohn für Mitarbeitende ohne Lehrabschluss bei 3750 Franken, bei 4050 nach zwei- und bei 4150 nach dreijähriger Lehre. Auch wer einen anderen Lehrabschluss hat als im Verkauf, hat Anrecht auf den höheren Mindestlohn. Das ist einzigartig in der Schweizer GAV-Landschaft. Carmen Heide ist beim Öriesen Socar angestellt. Sie sagt: «Auch wenn mein Lohn über dem Mindestlohn liegt – ich hoffe, dass er jetzt dank dem GAV noch



TANKSTELLEN-GAV: Auch bei den Kassendifferenzen gibt's Verbesserung. Wenn die Kasse nicht stimmt, müssen nicht mehr die Mitarbeitenden bezahlen. FOTO: KEYSTONE

weiter steigt.» Das wäre auch dringend nötig. Denn Heide kann von ihrem 80-Prozent-Lohn nicht leben. Deshalb jobbt sie zusätzlich an einer Tankstelle in Deutschland, für 450 Euro im Monat: «Ohne diesen Minijob müsste ich vom Ersparnen leben.»

Aber keine Frage: sie macht die Arbeit gern. «Weil keine Chefin mir sagt, was ich tun muss. Ich bin alleine für die Tankstelle verantwortlich.» 95 Prozent der Leute seien Stammkundinnen und -kunden, sagt sie. «Und wenn da jemand kommt und einen Kaffee trinken und mit mir plaudern will, dann mache ich das.»

AM ABEND KOMMT DER STRESS

Die Socar-Tankstelle in Schaffhausen ist jeden Tag geöffnet, auch am Sonntag. Heides Schicht dauert immer von viertel vor zwei am Nachmittag bis viertel nach zehn am Abend. Ja, das sei lang. Denn sie ist alleine für einen Shop verantwortlich und kann deshalb keine echten Pausen machen. Mit dem neuen GAV muss der Arbeitgeber jetzt mindestens «eine Sitzgelegenheit oder eine Stehhilfe» in der Nähe der Kasse bereitstellen.

Besonders anstrengend ist für Heide die letzte Stunde: «Da bin ich am Aufräumen, und plötzlich ist der Laden voll, alle wollen noch rasch Bier oder Zigi kaufen. Das ist Hardcore.»

Der neue GAV sorgt jetzt für mehr Erholung. Neu haben alle Mitarbeitenden das Recht auf zehn freie Wochenenden pro Jahr. Und zweimal pro Monat muss ihnen die Firma zwei Tage am Stück freigeben. Dazu kommen neu vier Tage bezahlte Weiterbildung. Auch bei den Kassendifferenzen gibt's Verbesserung. Wenn die Kasse nicht stimmt, mussten bisher dafür oft die Mitarbeitenden geradestehen. Damit ist Schluss: Nur wer vorsätzlich oder grobfahrlässig handelt, haftet für Fehlbeträge. Kollektiv- und Pauschalabzüge sind verboten.

Alle Sozialpartner haben dem neuen Vertrag zugestimmt. Jetzt muss ihn das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) für allgemeinverbindlich erklären.

Klimaseniorinnen schockiert über die Antwort des Bundesrates zur Klima-Klage: Auf welchem Planeten lebt der Bundesrat?

Der Bundesrat bibbert mehr vor einem Richterspruch aus Strassburg als vor der Klimaerwärmung. Das zeigt seine dreiste Antwort auf die Klage der Klimaseniorinnen.

JONAS KOMPOSCH

«Klimaseniorinnen contra die Schweiz». So heisst der brisante Fall im Juristensprech. Adressiert ist die entsprechende Klage allerdings nicht an die Schweiz als Ganzes, sondern an den Bundesrat. Dieser unternehme zu wenig gegen die Klimaerwärmung und gefährde so die Gesundheit der Bevölkerung, insbesondere jene von älteren Frauen, die etwa in Hitzewellen ein erhöhtes

«Die Antwort des Bundesrates gleicht der Trotzreaktion eines Kindes.»

ROSMARIE WYDLER-WÄLTI, CO-PRÄSIDENTIN KLIMASENIORINNEN

Sterberisiko tragen. So lautet die Argumentation der Klimaseniorinnen. Der Verein von mittlerweile 1900 Rentnerinnen aus der ganzen Schweiz hat sich mit seiner Klima-Klage bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg durchgekämpft. Denn der Bundesrat, das



SAURE SENIORINNEN: Der Bundesrat antwortet auf die Klage der Klimaseniorinnen mit haarsträubenden Argumenten. FOTO: KEYSTONE

Bundesverwaltungsgericht sowie das Bundesgericht hatten die Seniorinnen zuvor abblitzen lassen (work berichtete). Strassburg hingegen forderte prompt eine Stellungnahme aus Bern. Diese ist nun eingetroffen und von den Klägerinnen veröffentlicht worden. Gut so! Denn das 51 Seiten lange Schreiben zeigt: Der Bund bibbert – weniger vor der Klimakatastrophe, aber sehr vor einem Richterspruch.

FORMALER FEHLER

Ein Urteil würde nämlich zeigen, ob die Schweiz wirklich das Menschenrecht auf Leben und Gesundheit ver-

letzt. So weit möchte es der Bund lieber nicht kommen lassen. Er argumentiert daher formalistisch: die Klage der Seniorinnen sei zu spät eingegangen und also unzulässig. Tatsächlich traf die Klage durchaus innerhalb der von Strassburg gesetzten Frist ein. Diese war coronabedingt verlängert worden, was Bern aber nicht für rechtens hält.

Für den Fall, dass diese Masche nicht zieht, hat der Bund aber noch andere haarsträubende Argumente gebüschelt. Die lauten zusammengefasst so: 1. sei Klimaschutz teuer, und 2. könne die Schweiz alleine eh nichts machen, tue 3. trotzdem

schon viel, obwohl sie 4. einen geringen CO₂-Ausstoss habe und ihr 5. noch genug Zeit bleibe.

TOTALOPPOSITION

Für Rosmarie Wydler-Wälti, die Co-Präsidentin der Klimaseniorinnen, war diese Antwort «ein Schock». Das erklärte die 71jährige während eines fulminanten Auftritts in der SRF-Sendung 4x4: «Es ist, als ob die Verantwortlichen vom Bund in einer Blase fernab der Realität lebten.» Mehr noch gleiche die bundesrätliche Totalopposition der «Trotzreaktion eines Kindes, das eigentlich weiss, dass es falsch handelt, nun aber um jeden Preis sein Gesicht wahren möchte».

Ganz dreist sei die Behauptung des geringen CO₂-Ausstosses. Schliesslich würden unsere Konsumgüter grösstenteils im Ausland hergestellt. Hinzu kämen die Investitionen des Finanzplatzes. Nun werden die Klimaseniorinnen bis am 13. Oktober eine Replik einreichen. Dann wird Strassburg entscheiden, wie es weitergeht. Heiss wird's für den Bund sowieso. Denn er stützt sich in seiner Antwort, eingegangen am 16. Juli, auf den 5. Weltklimabericht. Und der ist mittlerweile veraltet. Anfang August erschien der erste Teil des 6. Berichtes. Er zeigt: Für die Verhinderung des Klima-Super-GAU bleiben 10 Jahre weniger Zeit als angenommen.



EIN DICKER HUND!
Reich bestücktes
Tier in St. Moritz.
FOTO: KEYSTONE.

Ja zur 99-Prozent-Initiative am 26. September Damit der Teufel nicht immer auf die grössten Haufen scheisst!

Die 99-Prozent-Initiative macht die Reichen und Superreichen supernervös. Sie müssten ein bisschen mehr Geld abgeben als bisher. Deshalb laufen sie jetzt Sturm. work widerlegt ihre Falschaussagen im Abstimmungskampf.

CLEMENS STUDER

Die vergangenen Jahre waren für die Reichen und Superreichen in der Schweiz eine Aneinanderreihung von Steuergeschenken. Auf Kosten der unteren und mittleren Einkommen senkten die bürgerlichen Mehrheiten in Bund, Kantonen und Gemeinden die Steuern für Firmen, Grossverdienende und Superreiche. Und öffneten ihnen zusätzliche Steuer-schlupflöcher. Für alle anderen – die 99 Prozent der Bevölkerung – stiegen dagegen Steuern und Abgaben, Mieten und Krankenkassenprämien. Besonders stossend: Während Lohnabhängige jeden Franken versteuern müssen, profitieren die Kapitaleinkommen (Dividenden usw.) sogar noch von massiven Steuerrabatten. Das heisst: wer für sein Geld arbeitet, muss mehr Steuern bezahlen, als wer von leistungslosen Einkommen profi-

tiert. Auch deswegen geht die Schere zwischen den Superreichen und der arbeitenden Bevölkerung immer weiter auf. Dieser ungesunden Entwicklung will die 99-Prozent-Initiative der Juso entgegenwirken. Statt von Steuerrabatten auf Kosten der Allgemeinheit zu profitieren, sollen die Nutz-

niesserinnen und Nutzniesser von leistungslosen Einkommen künftig ein bisschen mehr Steuern bezahlen als die Normal- und Gutverdienenden auf ihren Löhnen. Nicht mehr als gerecht. Aber mit Gerechtigkeit hat es das oberste 1 Prozent nicht. Die Reichen und Superreichen und «ihre» Parteien von SVP bis GLP laufen jetzt Sturm gegen die Gerechtigkeitsinitiative. Mit Hilfe von prall gefüllten Abstimmungskassen. Weil aber eigentlich nichts gegen die 99-Prozent-Initiative spricht (ausser der Gier der Reichsten), setzen die Gegnerinnen und Gegner auf Scheinargumente und Falschaussagen. Zum Beispiel:

FALSCH 1! «Die Initiative schadet den KMU.»

RICHTIG IST: Die Initiative will nur das reichste 1 Prozent der Privatpersonen besteuern – keine Unternehmen. Sie bringt also weder für KMU noch für Grosskonzerne höhere Steuern.

FALSCH 2! «Die tiefen Einkommen werden büssen.»

RICHTIG IST: Wer kein leistungsfreies Kapitaleinkommen von 100 000 Franken erzielt, profitiert von der Initiative. Das sind 99 Prozent der Schweizer Bevölkerung. Sie würden von den Mehreinnahmen der Initiative profitieren dank Steuersenkungen für kleine und mittlere Einkommen und einem ausgebauten Service public.

FALSCH 3! «Dann ziehen die Reichen ins Ausland und bezahlen in der Schweiz gar keine Steuern mehr.»

RICHTIG IST: Reiche, ihre Ökonominnen und Ökonomen und ihre politischen Lautsprecher behaupten seit Jahrzehnten: Die Steuersenkungen für Reiche würden die Steuereinnahmen erhöhen. Das tönt nicht nur widersinnig, sondern ist es auch, wie die Realität zeigt.

Zum Beispiel haben zahlreiche Kantone in den vergangenen Jahrzehnten Steuergeschenke an die Reichsten verteilt. Damit haben sie den einen oder anderen Reichen aus einem «teureren» Kanton anlocken können. Doch die Steuereinnahmen dieser Binnen-Steuerflüchtlinge konnten die Steuerausfälle bei den «Alteingesessenen» nicht kompensieren. Innerhalb eines Landes ist die Steuer-

Vermögen: Die Gnade der reichen Geburt

Kinder aus Familien in den untersten 10 Prozent der Einkommen brauchen in der Schweiz fünf Generationen, um auch nur einen Durchschnittslohn zu erreichen. Dies zeigt eine Untersuchung des Zürcher Wirtschaftswissenschaftlers Hans-Joachim Voth. Das sind Verhältnisse wie in den USA.

ERBE. Andersrum ist auch gefahren. Ein Blick in die Reichstenliste der «Bilanz» entlarvt: Von den 300 reichsten Schweizerinnen und Schweizern sind viele superreich, weil sie geerbt haben oder ihnen Vermögen sonst weitergegeben wurden. Darunter die Blocher-Kinder. Die drei Töchter des SVP-Führers (Magdalena Martullo-Blocher, Miriam und Rahel Blocher) kassierten für das Geschäftsjahr 2019 für ihre rund 71 Prozent der Ems-Aktien 331,8 Millionen steuerbegünstigte Dividenden. Die rund 2600 Ems-Mitarbeitenden, die den Gewinn erarbeitet haben, speisten sie mit 239 Millionen Franken ab.

mobilität von Reichen und Superreichen grösser als zwischen Ländern. Und die Schweiz wäre auch nach einer Annahme der 99-Prozent-Initiative ein überaus steuergünstiger Wohnort für die reichsten 1 Prozent. Übrigens: «steuergünstig» ist sehr relativ. So ist der bei Reichen und Superreichen so beliebte Kanton Schwyz eine «Steuerhölle» für Haushalte mit niedrigem oder mittlerem Einkommen.

FALSCH 4! «Linke wollen Reiche mit 99 Prozent besteuern. Das ist zu radikal!»

RICHTIG IST: Die Initiative will nur Kapitaleinkommen ab einem Freibetrag höher besteuern als Löhne. Das sind die 1 Prozent Superreichen. Heute ist die Situation gerade umgekehrt: Wer viel leistungsfreies Einkommen hat, bekommt aktuell einen Steuerrabatt von zwischen 30 Prozent (Bund) und 50 Prozent (einige Kantone). Ein klassisches Beispiel für das bibelstämmige Sprichwort «Wer hat, dem wird gegeben» oder ein bisschen derbdeutlicher: «Der Teufel scheisst immer auf den grössten Haufen.» Ein Ja zur 99-Prozent-Initiative würde das ein bisschen korrigieren.



la suisse existe
Jean Ziegler

EUROPA SCHAFFT SICH AB

Kroatien ist seit 2013 Mitglied der Europäischen Union. Seitdem soll es auch die Südgrenze der EU vor flüchtenden Menschen aus den benachbarten Kriegsgebieten «schützen».

Erik Marquardt ist Vertreter der deutschen Grünen im Europaparlament und Mitglied

Die finanzielle Aufstockung der Frontex auch mit Schweizer Steuergeldern ist eine Schande!

der Untersuchungskommission zum Vorgehen der Grenzpolizei Frontex. Er

hat soeben ein erschütterndes, kluges Buch geschrieben: «Europa schafft sich ab».

ABSCHRECKUNG. Einigen geplagten Familien aus Syrien, Afghanistan und dem Irak gelingt es, über die Türkei bis in die überfüllten Elendslager in Bosnien-Herzegowina zu gelangen. Von dort versuchen sie, durch die Stacheldrahtverhaue an der Grenze ins EU-Land Kroatien zu kommen, um ihr Asylgesuch zu deponieren. Marquardt berichtet im «Sonntagsblick» (1. 8. 2021): «Es häufen sich die Fälle von Folter an der kroatisch-bosnischen Grenze. Flüchtlinge werden gezwungen, sich zu entkleiden. Ihnen werden die Haare geschoren, Kreuze auf die Stirn gemalt und Fingernägel ausgerissen.» Das rassistische Folterregime in Zagreb wird von Frontex unterstützt. Dabei ist die Behauptung, die EU könne das Asylrecht aufgrund des Widerstands osteuropäischer Mitgliedstaaten nicht mehr einhalten, verlogen. Vielmehr hat sich Brüssel gemeinsam für die Abschottung entschieden und damit dafür, die eigenen Gesetze zu brechen. Die Misshandlungen an der kroatisch-bosnischen Grenze, die Vertreibung von Flüchtlingsbooten in der Ägäis oder die Einschränkung der Asylverfahren haben alle nur ein offensichtliches Ziel: andere davon abzuhalten, auch nur den Versuch zu wagen, ein Asylgesuch zu stellen.

NOCH MEHR GELD FÜR FRONTEX. Am Dienstag, dem 31. August, hielt US-Präsident Joe Biden vor dem versammelten Pressecorps des Weissen Hauses eine emotionale Rede zur Situation in Afghanistan. Er schloss mit den Worten: «Die USA und ihre Verbündeten werden die zurückgebliebenen Ausreisewilligen nicht im Stich lassen. Wir werden ihnen zur Ausreise verhelfen.»

Bidens Versprechen ist, was die europäischen Alliierten betrifft, eine reine Lüge. In der vorletzten Augustwoche tagten die Innen- und Justizminister der EU. Mit am grossen Verhandlungstisch sass auch Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Einziges Traktandum: Wie kann die EU, auch die Schweiz, verhindern, dass die vom fürchterlichen Taliban-Regime bedrohten Menschen als Flüchtlinge nach Europa kommen können?

Zu diesem Zweck wird das Budget der Frontex weiter massiv aufgestockt. Und daran beteiligt sich auch die Schweiz. Sie will ihren Beitrag in den nächsten Jahren von 14 auf über 60 Millionen Franken jährlich aufstocken. Und der Bundesrat erklärt sich für solidarisch mit dem europäischen Grenzschutz im Mittelmeer, in der Ägäis oder auf dem Balkan.

Das ist eine Schande für unser Land.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

REICHE IMMER REICHER

Die **Vermögensanalyse** von SGB-Chefökonom Daniel Lampart. Seite 12

Europa bewegt sich Das Streik-Revival

Seit Februar erleben wir ein bemerkenswertes Streik-Erwachen in Europa. Am häufigsten legen Beschäftigte im Transportsektor die Arbeit nieder. Lohnabbau und Entlassungen drohen zum Beispiel den Mitarbeitenden im Luftverkehr. Diese streiken in Italien, den Niederlanden und in Belgien. Stockende Lohnentwicklung und eine hohe Belastung wegen der Corona-Massnahmen



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

erleben derzeit auch die Bähnlerinnen und Bähnler. Sie verlangen dafür Kompensation und streiken in Frankreich, Belgien und Kroatien. Auch die deutschen Lokführer der Gewerkschaft GDL streiken für eine substantielle Lohnerhöhung. Viel Mehrarbeit in der Coronakrise hatten auch die Arbeitenden im boomenden Online-Handel. Sie standen sich monatelang die Beine in den Bauch und schoben Überstunden – meist ohne jeden Zuschlag. Kein Wunder streiken sie nun bei Amazon, Ikea, Carrefour etc.

PFLGE. Unter einer Riesenbelastung durch Corona ächzen auch die Beschäftigten in den Spitälern, Alters- und Pflegeheimen sowie Krippen. Mehr Schwerkranke, mehr Sicherheitsmassnahmen, Ausfall von kranken Kolleginnen und Kollegen – all dies lastet zentnerschwer auf ihnen. Die Leute klatschten ihnen zwar Beifall, bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen blieben bisher aber aus. Dafür rollt jetzt die vierte Coronawelle an und mit ihr noch mehr Stress für die Pflegenden (siehe auch Seite 4). Die Branchen «Care» und «Childcare» stehen deshalb

Bahnstreiks, Online-Handelstreiks und Spitalstreiks in der Coronakrise.

zuoberst auf der Streikliste. Arbeitsniederlegungen von Pflegenden, aber auch von Ärztinnen und Ärzten gab's in den Niederlanden, in Norwegen, Polen, Belgien und Österreich.

BRISANTES URTEIL. Ein Streik-Höhepunkt sind nun die mehrtägigen Warnstreiks in Berlin am Universitätsspital Charité und in den Vivantes-Stadtspitälern (siehe Artikel rechts). Neben den Forderungen nach materieller und vertraglicher Besserstellung des Hilfspersonals steht die Aufstockung der Stellenpläne im Zentrum des Arbeitskampfes.

Europa bewegt sich also doch! Und auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR): Pünktlich zum Streikrevival hat er im Fall eines umstrittenen Arbeitskampfes in Norwegen ein wegweisendes Urteil gefällt. Er hält fest, dass das Recht der Arbeitenden auf Arbeitskämpfe dem Recht auf uneingeschränkte Geschäftsausübung der Firmen im europäischen Binnenmarkt übergeordnet ist. Wenn das keine guten Nachrichten sind!

Unia online

AHV, IV und Co.

Wie funktioniert die Altersvorsorge in der Schweiz? Wer hat Anrecht auf eine IV-Rente oder Überbrückungsleistungen? Wem helfen Ergänzungsleistungen? Informiere dich in unserem Web-Dossier zu den Sozialversicherungen:
www.unia.ch/sozialversicherungen

Berlin: Die Pflegenden der grössten Uni-Klinik Europas haben genug Warnstreiks an der Charité

Seit Jahren herrscht in Deutschlands Spitälern Pflegenotstand. Doch passiert ist wenig. Jetzt greifen Mitarbeitende der Charité zu neuen Streikmethoden.

DANIEL BEHRUZI, BERLIN

Endlich mehr Personal! Und bessere Arbeitsbedingungen auch. Das fordern die Pflegerinnen und Pfleger in Deutschlands Hauptstadt Berlin. Und dafür kämpfen sie: An den öffentlichen Spitälern Berlins spitzt sich ein aussergewöhnlicher Arbeitskampf zu. Vom 23. bis 25. August legten rund 1000 Beschäftigte des Uniklinikums Charité – es ist das grösste Unispital Europas – und des kommunalen Klinikbetreibers Vivantes die Arbeit nieder.

Anja Voigt ist eine, die kämpft. Die Intensivpflegerin aus dem Vivantes-Klinikum Berlin Neukölln beschreibt gegenüber work die Situation so: «Die Kolleginnen und Kollegen haben in der Corona-Pandemie viel geleistet und waren hoch belastet. Sie haben erwartet, dass das wertgeschätzt wird. Jetzt fühlen

Neuland: Per GAV für mehr Mitarbeitende im Spital sorgen.

sie sich verschleissert.» Statt die Mitarbeitenden zu entlasten, setzt das Spital-Management auf Konfrontation. Den Arbeitskampf will Vivantes mit allen Mitteln stoppen. Zunächst erwirkte Vivantes am ersten Warnstreiktag vor dem Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung. Schon am zweiten Tag kippten die Richter das Streikverbot allerdings wieder. «Das Streikrecht gilt auch für uns Krankenhausbeschäftigte, das lassen wir uns von niemandem nehmen», so Pflegerin Voigt.

MEHR MITGLIEDER

Sollte der dreitägige Warnstreik nicht ausreichen, will die Gewerkschaft Verdi nachlegen und ihre Mitglieder an den betroffenen Kliniken zur Urabstimmung über einen unbefristeten Arbeitskampf aufrufen. Die Zahl der Mitglieder hat sich im Zuge der Auseinander-



SCHNAUZE VOLL! Spital-Mitarbeitende protestieren in Berlin gegen ihre miserablen Arbeitsbedingungen. FOTO: KEYSTONE

setzung massiv erhöht: Binnen weniger Monate traten mehr als 1600 Berliner Spital-Mitarbeitende bei.

VERANTWORTUNG BEI KLINIKEN

Tatsächlich will Verdi etwas Besonderes erreichen: nämlich per GAV für mehr Personal im Spital sorgen. Der Vertrag würde auf den Stationen und in den Bereichen des Spitals personelle Sollbesetzungen festschreiben. Falls die Pflegenden mehrfach mit weniger als dem vereinbarten Personal arbeiten müssen, sollen sie zusätzliche freie Tage erhalten. Zudem will die Gewerkschaft erreichen, dass in allen Tochtergesellschaften des Spitals ein Gesamtarbeitsvertrag gilt. Damit würden die Löhne etwa für die ausgegliederten Technikerinnen und Putzequipes um mehrere Hundert Euro steigen.

Diese Forderungen will Verdi jetzt mit neuen Streikmethoden durchsetzen. Bei früheren Arbeitsniederlegungen wurden die Stationen lediglich auf die Wochenendbesetzung heruntergefahren. Nun aber haben sich die Streikenden zum Ziel gesetzt, Betten und Stationen komplett zu «schliessen». Der Spitalleitung wird sieben Tage im voraus mitgeteilt, welche Bereiche

wie stark betroffen sein werden. Verdi-Sekretär Tim Graumann erklärt: «Die Klinikleitungen sind dann in der Verantwortung, die Belegung entsprechend herunterzufahren, um eine Gefährdung der Patientinnen und Patienten auszuschliessen.» So entgehen die Pflegenden dem sonst üblichen Dilemma, sich zwischen ihrem Streikrecht und der Patientenversorgung entscheiden zu müssen. Obwohl einige Spitalmanagerinnen und Chefärzte trotzdem versuchten, die Betten zu belegen, konnten im Warnstreik auf diese Weise mehr als zehn Stationen und viele weitere Betten stillgelegt werden.

Besonderen Druck erzeugt die Berliner Spitalbewegung zudem dadurch, dass sie die Landesregierung aus SPD, Grünen und Linkspartei in die Verantwortung nimmt. Als Eigentümerin müsse das Land die öffentlichen Spitäler anweisen, den geforderten Tarifvertrag mit Verdi auszuhandeln. Geschieht das nicht, will die Gewerkschaft zum unbefristeten Erzwingungsstreik aufrufen. Das zu einem sicher nicht ganz zufälligen Zeitpunkt: Am 26. September wird nicht nur der Deutsche Bundestag neu gewählt, sondern auch das Berliner Abgeordnetenhaus.

Verdi: Landesweiter Kampf für mehr Personal

Verdi hat in den vergangenen Jahren an insgesamt 17 Grossspitälern in Deutschland Vereinbarungen für Entlastung durchgesetzt.

MITSPRACHE. So zum Beispiel an der Uniklinik Mainz, wo die Pflegeteams die Sollbesetzungen Ende 2019 selbst mitausgehandelt haben. Anästhesiepfleger und Verdi-Aktivist Sebastian Tensing erklärt: «Das geht auch gar nicht anders, denn nur die Leute vor Ort wissen, wie die Situation ist und was sie brauchen.» Wird die vereinbarte Personalbesetzung unterschritten, muss das Spital den Mitarbeitenden zusätzliche Freizeitschreiben. Das wirkt nicht nur entlastend, sondern erhöht auch den Druck auf die Klinikleitung, mehr Personal einzustellen, um nicht immer mehr Freizeitausgleich gewähren zu müssen. (jos)

Weitere Informationen:
klinikpersonal-entlasten.verdi.de

Referendum gegen Stempelsteuer-Bschiss Die Rechten bekommen kalte Füsse

Das Referendum gegen den Stempelsteuer-Bschiss steht zwar noch nicht – verzeichnet aber doch schon einen ersten Erfolg. Die Bürgerlichen haben Kreide gefressen. Doch das Volk ist kein Schaf.

CLEMENS STUDER

Wenn die fortschrittlichen Kräfte in diesem Land Unterschriften sammeln gegen neue Steuergeschenke für Reiche und Superreiche, klingeln bei den rechten Parteien die Alarmglocken. Denn schon einige ih-

Die Abschaffung der Emissionsabgabe würde 250 Millionen kosten. Pro Jahr!

rer Lieblingsprojekte sind beim Volk abgeschafft. Zum Beispiel 2017 die Steuerreform III. Denn schon die Steuerreform II war ein riesiger Bschiss. Sagt sogar

das Bundesgericht – ohne die Abstimmung zu kassieren. Für die Reichen und Superreichen hat sie sich gelohnt. Der Allgemeinheit aber fehlen seither Milliarden.

KMU PROFITIEREN NICHT.

Seit Jahrzehnten auf der To-do-Liste der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaftverbände steht die Abschaffung der Stempelsteuer. Bisher ist es ihnen nie gelungen. Darum kam die rechte Parlamentsmehrheit im Bundeshaus auf die Idee, die Abschaffung per Salomitaktik anzugehen: Schniefeli um Schnäfel.

Stempelabgaben sind Steuern auf die Ausgabe und den Handel mit Wertschriften. Der Bund kennt drei Arten von Stempelabgaben: die Emissionsabgabe, die Umsatzabgabe (auf Wertpapieren) und die Abgabe auf Versicherungsprämien. Zusammen tragen sie pro Jahr 2,2 Milliarden Franken



ABSCHAFFUNG STEMPELSTEUER: seit Jahrzehnten ein Lieblingsprofitprojekt der Rechten. FOTO: SGB

an den Bundeshaushalt bei. Jetzt will die Finanzindustrie die Emissionsabgabe auf Eigenkapital von juristischen Gesellschaften abschaffen. Das würde die Allgemeinheit pro Jahr 250 Millionen Franken kosten. Profitieren würden ausschliesslich die Finanzindustrie, die

Superreichen und die Bestverdienenden. Die KMU haben davon nichts – es gilt nämlich eine Freigrenze bei Neugründungen und Kapitalerhöhungen von einer Million Franken. Nicht gerade die übliche KMU-Schuldnummer.

(VORERST) GESTOPPT. Nach dem Versuecherli mit der Emissionsabgabe wollten die Bürgerlichen die anderen beiden Stempelabgaben abschaffen. Doch jetzt hat sie das laufende Referendum und der energische Widerstand der Gewerkschaften und der Linken gestoppt. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) will jetzt (vorläufig) darauf verzichten. Ein erster Erfolg für das laufende Referendum. Aber eines ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Die rechten Parteien werden es bei nächster Gelegenheit wieder versuchen.

Chefin Vania Alleva zum grössten Umbau der Unia, seit es diese Gewerkschaft gibt

«Die Unia braucht einen Gesundheitscheck»



VANIA ALLEVA: «Entscheidend wird sein, die Führungsgremien der Unia umzugestalten. Der ZV müsste beispielsweise noch stärker werden.»

FOTO: PETER MOSIMANN

17 Jahre nach ihrer Gründung zieht die Unia Bilanz und will sich neu aufstellen. Wie genau, erklärt Präsidentin Vania Alleva im Interview.

JOHANNES SUPE

work: Die Unia steht vor einem Umbau. Ist sie denn kaputt?

Vania Alleva: Nein, sie funktioniert. Aber wenn wir unsere historischen Gründungsziele erreichen wollen, müssen wir uns ständig verbessern: Wir wollen eine kämpferische Gewerkschaft sein; eine, die über Branchen hinweg denkt und den Dienstleistungsbereich erschliesst. Nach 17 Jahren wollen wir uns überlegen, wie wir uns noch besser aufstellen können. Kurz gesagt: Der Unia geht es gut, aber sie braucht einen Gesundheitscheck.

Prüfen wir also Herz und Nieren der Gewerkschaft: die Fähigkeit, Arbeitsbedingungen zu verbessern. Was ist der Unia geglückt? Wir konnten zum Beispiel die prekären Arbeitsbedingungen eindämmen und die Mindestlöhne erhöhen, indem wir mehr und bessere Gesamtarbeitsverträge erreicht haben. Etwa den grossen GAV für Temporärbeschäftigte oder den kleineren für Tankstellen-shops. Und immer wieder haben wir bewiesen, dass wir erfolgreich gegen starke Arbeitgeber mobilisieren und Errungenschaften wie die Rente mit 60 auf dem Bau verteidigen können. Darauf kann die Unia stolz sein.

Blieben wir für einen Moment bei der Rente mit 60 im Bauhauptgewerbe. Erreicht wurde sie durch

einen Streik im Jahr 2002. Das war vor der Gründung der Unia. So einen Erfolg gab es seitdem nicht wieder.

Solche historischen Fortschritte erreichen wir leider nicht jedes Jahr. Und machen wir uns nichts vor, den Gewerkschaften weht ein scharfer Wind entgegen. Viele Arbeitgeber würden uns am liebsten ganz los werden. Wir befinden uns strategisch in der Defensive. Und die Finanz- und Wirtschaftskrise, die wir seit 2008 erleben, macht unsere Abwehrkämpfe nicht einfacher.

Allerdings ist auch die Unia nicht ohne Fehler. Wir müssen viel Energie aufbringen, um uns auf gemeinsame

«Wir müssen überprüfen, inwiefern die Sektoren heute noch sinnvoll sind.»

Ziele zu einigen. Und so sind wir auch im Dienstleistungsbereich noch nicht da, wo wir gerne wären.

Die Unia besteht aus 13 Regionen, 4 Interessengruppen und 4 Sektoren. Alle mit vielen Untergruppen. Ist es da überhaupt möglich, rasch zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen?

Unsere Struktur ist sehr komplex und manchmal nur schwer zu verstehen. Sie bildet die Vielfalt der Unia ab, die auch eine Stärke ist. Hier müssen wir im Rahmen von Unia 2.0 miteinander diskutieren, wie wir die Einheit der Organisation und die Rolle der Miliz in der Unia stärken können.

Sind die Mitglieder denn noch nicht gut genug eingebunden?

Die Unia wird von ihren Mitgliedern getragen, und wir können stolz auf unsere Mitgliederdemokratie sein. Aber

nicht immer gelingt es uns, die Kolleginnen und Kollegen, die in ihren Betrieben oder in ihrer Region eine Schlüsselrolle spielen, auch in die entscheidenden Gremien bei uns einzubinden. Wenn wir hier besser werden, können wir viele Kräfte freisetzen. Entscheidend wird sein, die Führungsgremien der Unia umzugestalten. Der Zentralvorstand (ZV), in dem strategische Entscheide getroffen werden, müsste beispielsweise noch stärker werden.

Derzeit wird er zum Teil aus Mitgliedern, zum Teil aus hauptamtlichen Funktionärinnen und Funktionären gebildet. Wie wäre es zum Beispiel mit einem ZV, der nur aus Mitgliedern besteht?

Meiner Meinung nach müssten wir genau dorthin. Aber nun stehen offene Diskussionen an, einen Beschluss treffen wir erst am Ende – und zwar per Kongressentscheid.

Welche weiteren Verbesserungsmöglichkeiten sehen Sie für die Unia-Struktur?

Die Regionen sind sehr unterschiedlich aufgestellt, und die Ansprüche der Sektoren sind nicht einfach zu vereinbaren. Das ist unvermeidlich, aber die Art und Weise des Funktionierens und die Prioritäten in der Unia gehen zu weit auseinander. Deshalb sollten wir überdenken, wie die Regionen und die Branchen in unseren nationalen Führungsgremien zu gemeinsamen Entschlüssen kommen.

Braucht es die Sektoren überhaupt noch? Formal sollen sie verschiedene Branchen zusammenfassen. Aber einiges erscheint willkürlich, etwa die Zuteilung der Reinigung zum Sektor Bau.

Die Sektoren sind ein Produkt der Fusion, ihre Struktur orientierte sich

auch an den früheren Einzelgewerkschaften. Wir müssen also überprüfen, inwiefern diese Struktur heute noch sinnvoll ist. Überhaupt sollten wir mit Unia 2.0 versuchen, das heute in der Unia verbreitete «Silo-Denken» zu überwinden: Man bezieht sich vor allem auf den eigenen Bereich und verliert die Arbeit in den anderen Bereichen aus den Augen. Wenn wir grosse Ziele erreichen wollen, etwa die Erschliessung des Dienstleistungsbereichs, hilft uns diese Denkweise nicht weiter.

Sie selbst kommen aus der Unia-Vorgängerin GBI. Wünschen Sie sich manchmal die kleinere, auf den Bau fixierte Gewerkschaft zurück?

Natürlich war es in der GBI einfacher, sich auf etwas zu einigen. Aber es gab ja Gründe für die Fusion. Der Rückzug auf die alten Gewerkschaftshochburgen ist einfach nicht genug. Die Unia ist ganz anders, weiblicher, vielfältiger. Sie gibt mir das Gefühl, dass wir wirklich mitten im Leben stehen. Wir müssen nur aufpassen, dass wir uns nicht selbst mit den hohen Anforderungen, die wir an uns stellen, überfordern.

Macht Ihnen das auch Sorge, wenn Sie an Unia 2.0 denken? Zu hohe Erwartungen an das Projekt?

Ein wenig schon. Wenn wir es gut machen, wird die Unia am Ende mehr Dynamik entwickeln, und wir kommen schneller in unserer Gewerkschaftsarbeit voran. Aber wir müssen realistisch bleiben: Die Unia wird nicht «perfekt» werden. Und das Wesentlichste an der Gewerkschaft ist nicht ihre Struktur, sondern ihre Arbeit draussen, auf dem Terrain und für die Mitglieder.

Welche Unia für welche Zukunft?

Die grösste Gewerkschaft der Schweiz befragt ihre Mitglieder. Diskussion in offenen Online-Konferenzen:

Die Termine

- 7.9.** Mobilisierungs- und Streikfähigkeit
- 9.9.** Profil genderbewusste Organisation
- 15.9.** Inklusion und Diversität
- 21.9.** Interprofessionelles Selbstverständnis
- 24.9.** Gewerkschaftliche Wüsten erschliessen
- 28.9.** Anspruch als politische Akteurin
- 1.10.** Internationale Gewerkschaftsarbeit
- 6.10.** Professionelle Führungs- und Arbeitsweise
- 11.10.** Mitgliederentwicklung
- 14.10.** Bildungsangebot
- 20.10.** Ressourcenverschiebung auf Terrain
- 26.10.** Vertretung der Sprachregionen

Jeweils 18 Uhr – 20.30 Uhr

Infos und Anmeldung unter: unia.ch/Unia2.0



VIVA COLOMBIA! Ex-Guerrillero Martín Batalla (vorne, 2. v.l.), umgeben von Kolumbianerinnen und Kolumbianern in Bern.

FOTO: FRANZISKA SCHIEDERGER

Auch im Exil: «Sancocho» für alle!

Es brutzelt und brodelnd an diesem Sonntag im Berner Eichhölzli-Park direkt an der Aare. Im Feuer steht ein grosser Topf. «Sancocho» kocht darin, ein Eintopf aus Bananen, Maniok, Kartoffeln, Rüebli, Mais, Poulet, Rindfleisch, Zwiebeln und sehr viel Knoblauch. «Ein typisch kolumbianisches Gericht», erklärt Sandra Perret, «simpel, aber köstlich.» Perret ist Moderatorin beim Schweizer Onlinekanal Diapora TV, am heutigen Treffen aber ist sie eine von vier Köchinnen.

talla sprechen hören. Sandra Morales, eine Psychologin aus Murten FR, erklärt: «Wir haben es wirklich satt!» In Kolumbien werde noch immer «alles ausgelöscht», sobald es auch nur ein bisschen links sei. Sie verweist auf die Proteste und Generalstreiks vom Frühjahr. 80 Demonstrierende seien von der Polizei getötet worden, fast 2000 verletzt. #Nosetanmatando («sie töten uns») lautete der virale Hilferuf, der millionenfach durchs Netz ging.

GEGENSEITIGE HILFE. Es ist ein Treffen von gut zwanzig Kolumbianerinnen und Kolumbianern aus der ganzen Deutschschweiz. Viele sind aktive Unia-Mitglieder, einige schon länger befreundet, andere sehen sich zum ersten Mal. Mehrere sind hier im Exil und können nicht mehr zurück. Doch eines haben alle gemein: Sie wollen einen sozialen Wandel in ihrem Heimatland. Und den Ex-Guerrillero Ba-

Auch in der Schweiz, wo die Berner Pflegerin Liliانا Valdés das Netzwerk «Colombia Humana Suiza» aufgebaut hat, Valdés ist selbst Überlebende eines Mordanschlags. Sie sagt: «Wir sind ein wachsender Freundeskreis mit dem Zweck der gegenseitigen Hilfe.» Hinzu komme die politische Unterstützung für soziale Bewegungen in Übersee. Aber auch die Betreuung von neuen kolumbianischen Einwanderern leiste das Netzwerk. Vor kurzem habe sie sogar das kolumbiani-

sche Paralympics-Team empfangen, bevor es an die Sommerspiele nach Japan geflogen sei. (jok)

Vania Alleva an die Uno: «Stopp das Blutbad!»

work: Martín Batalla, was macht ein kolumbianischer Ex-Guerrillero in der Schweiz?
Martín Batalla: In Kolumbien ist mein Leben in Gefahr. Vor gut einem Monat erhielt ich plötzlich Anrufe und Whats-app-Nachrichten aus den USA und aus Mexiko, und zwar von Leuten, die ich nicht kenne. Und die wollten Informationen über Dinge, von denen ich nichts weiss: über Kokain-Schmuggelrouten etwa oder über das Söldnerwesen in Haiti. Mir wurde gesagt, ein US-Geheimdienst sorge für meinen Schutz, wenn ich aussagen würde.

Eine explizite Todesdrohung ist das aber nicht... Diese Anfragen hatten zum Ziel, mich mit kriminellen Machenschaften in Verbindung zu bringen. Darauf habe ich sofort reagiert und die Sache bei der Uno-Beobachtermission in der Hauptstadt Bogotá angezeigt. Sämtliche Beweise habe ich zudem bei der Staatsanwaltschaft deponiert. Die hat schliesslich genau für solche Fälle eine neue Sonderabteilung. Noch am selben Tag bemerkte ich aber, dass mir irgendwelche Typen nachschlichen. Später verfolgten sie mich mit drei Autos. In Kolumbien verstehen alle, was das heisst.

«Drei Autos verfolgten mich. In Kolumbien verstehen alle, was das heisst.»

STRAFE. Dagegen protestierte Unia-Präsidentin Vania Alleva am 10. Mai bei den Spitzen des Uno-Hochkommissariats für Menschenrechte und der Inter-amerikanischen Kommission für Menschenrechte. Alleva forderte eine sofortige Intervention, «um Blutbad und Polizeigewalt zu stoppen». Verbrechen, die der Staat fördere, müssten bestraft werden. (jok)

Kolumbien 5 Jahre nach dem Friedensvertrag von Havanna: Hoffnung trotz fragilem Frieden

Die Farc-Guerrilla entstand wegen himmelschreiendem Unrechts. Und weil der Linken die politische Teilhabe verweigert wurde. Wie viel weiter ist Kolumbien heute?



KOLUMBIEN ist bevölkerungsmässig der zweitgrösste Staat Südamerikas.

JONAS KOMPOSCH
Das Bild ging um die Welt: Weiss behemdete Regierungsvertreter aus Kolumbien und bärtige, aber ebenfalls friedlich-weisse Kommandanten der «Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens», besser bekannt als Farc, reichen sich im kubanischen Havanna die Hände und strahlen um die Wette. Das war am 24. August 2016. Nach jahrelangen Verhandlungen hatten sie gerade einen Friedensvertrag unterzeichnet. Und zwar einen, der das Zeug hatte, den längsten bewaffneten Konflikt der Welt zu beenden.

Begonnen hatte er 1964, als ein paar arme Bauern eine Selbstschutzformation gründeten. Denn ihre politischen Bestrebungen für eine gerechtere Landverteilung waren zuvor stets blutig unterdrückt worden. Jetzt schickte die Regierung ein Heer von Zehntausenden gegen die neuen Farc-Rebellen, unterstützt von den USA, die sich nebst Kuba vor einem zweiten kommunistischen Staat in der Region fürchteten. Doch die Farc wuchs stetig und zählte in den 1990er Jahren rund 20000 Kämpfende. Sie forderten Gewaltenteilung, einen staatlichen Energiesektor, höhere Sozialleistungen oder ein progressives Steuersystem.

PRÄSIDIALE TODESSCHWADRON
Die tragische Bilanz aus über 50 Jahren Krieg: 260000 Tote, 120000 Vermisste, 2 Millionen Vergewaltigungsoffer, 7,7 Millionen Binnenvertriebene. Dabei geht der Bärenanteil der Kriegsverbrechen laut Uno auf das Konto rechter

schen Kriegsursachen haben sich kaum geändert. Noch immer besitzt 1 Prozent der Bevölkerung 85 Prozent des Landes. Eine Million Bäuerinnen und Bauern haben dagegen gar kein Land. Und wenn sie protestieren, riskieren sie ihr Leben.

Noch immer besitzt 1 Prozent der Bevölkerung 85 Prozent des Landes.

Gemäss der Hilfsorganisation Indepaz sind im letzten Jahr 310 Aktivistinnen und Aktivisten – darunter viele Gewerkschafterinnen und Umweltschützer – ermordet worden. Hinzu kommen 64 gemeuchelte Ex-Mitglieder der Farc.

LINKSKANDIDAT AUF KURS

Die einstige Guerrilla versucht sich heute unter dem Namen «Comunes» als Partei, versinkt aber zusehends in internem Streit. Mehr Erfolg hatte die Farc mit einer ähnlichen Transformation in den 1980er Jahren. Damals schlug sie mit der Partei «Unión Patriótica» zivile Wege ein. Doch nachdem über 3000 Parteimitglieder ermordet worden waren, kehrten die Überlebenden zurück in den Guerrillakampf. Darauf spekulieren heute rechte Kriegsfanatiker wie Uribe. Doch scheint auch deren Ära angezählt.

2022 stehen Präsidentschaftswahlen an. In den jüngsten Umfragen ging als Kronfavorit stets Gustavo Petro von der linken Bewegung «Colombia Humana» hervor. Petro, der in seiner Jugend bei der Guerrilla M-19 mitmachte und es bis zum Bürgermeister von Bogotá brachte, trat schon 2018 gegen Duque an. Petro verlor zwar deutlich, doch immerhin überlebte er. Bis dahin war in Kolumbien noch jeder linke Präsidentschaftskandidat spätestens in der Endwahlrunde erschossen worden.

Kolumbien: Ex-Guerrillero Martín Batalla (36) schlägt Alarm bei der Uno in Genf: «Wir werden niedergeschossen, als wären wir Hunde!»

«Wir werden niedergeschossen, als wären wir Hunde!»

Zehn Jahre lang kämpfte Martín Batalla in der linken Guerrilla-Bewegung Farc. Heute sorgt er sich um den Frieden in Kolumbien – und um sein Leben. work sprach mit ihm über Terror, Geiselnahmen und den Kokainkonsum in Zürich.

JONAS KOMPOSCH

work: Martín Batalla, was macht ein kolumbianischer Ex-Guerrillero in der Schweiz?
Martín Batalla: In Kolumbien ist mein Leben in Gefahr. Vor gut einem Monat erhielt ich plötzlich Anrufe und Whats-app-Nachrichten aus den USA und aus Mexiko, und zwar von Leuten, die ich nicht kenne. Und die wollten Informationen über Dinge, von denen ich nichts weiss: über Kokain-Schmuggelrouten etwa oder über das Söldnerwesen in Haiti. Mir wurde gesagt, ein US-Geheimdienst sorge für meinen Schutz, wenn ich aussagen würde.

Eine explizite Todesdrohung ist das aber nicht... Diese Anfragen hatten zum Ziel, mich mit kriminellen Machenschaften in Verbindung zu bringen. Darauf habe ich sofort reagiert und die Sache bei der Uno-Beobachtermission in der Hauptstadt Bogotá angezeigt. Sämtliche Beweise habe ich zudem bei der Staatsanwaltschaft deponiert. Die hat schliesslich genau für solche Fälle eine neue Sonderabteilung. Noch am selben Tag bemerkte ich aber, dass mir irgendwelche Typen nachschlichen. Später verfolgten sie mich mit drei Autos. In Kolumbien verstehen alle, was das heisst.

«Drei Autos verfolgten mich. In Kolumbien verstehen alle, was das heisst.»

STRAFE. Dagegen protestierte Unia-Präsidentin Vania Alleva am 10. Mai bei den Spitzen des Uno-Hochkommissariats für Menschenrechte und der Inter-amerikanischen Kommission für Menschenrechte. Alleva forderte eine sofortige Intervention, «um Blutbad und Polizeigewalt zu stoppen». Verbrechen, die der Staat fördere, müssten bestraft werden. (jok)

Nämlich? Dass man bald an der Reihe ist. Auftragskiller und rechte Paramilitärs haben schon 284 ehemalige Farc-Kämpferinnen und -Kämpfer ermordet seit dem Friedensabkommen zwischen der Farc und der Regierung von 2016. Sie alle hatten das Abkommen unterzeichnet und hätten damit Anrecht auf Schutz gehabt.

Beschützt Sie der Staat denn nicht?

Kaum. Es gibt zwar die «Unidad Nacional de Protección», eine Behörde, die besonders gefährdete Personen beschützen soll. Doch obwohl ich dort seit vier Jahren Schutzmassnahmen beantrage, haben sie mir bisher bloss ein Handy und eine kugelsichere Weste angeboten. Das nützt nichts, wenn du auf einer Todesliste stehst.

Sie werden hier also Asyl beantragen?

Nein, ich werde wieder heimkehren. Doch zuerst muss ich die europäische Öffentlichkeit und die Uno auf die Drohungen gegen mich aufmerksam machen. Direkt nach meiner Ankunft in der Schweiz habe ich dazu eine Erklärung veröffentlicht. Mehrere Zeitungen aus Spanien und

In Zivil: Martín Batalla

Martín Batalla (36) alias Andrés Mauricio Zuluaga ist als Sohn einer Lehrerin und eines Fabrikarbeiters in der Millionenmetropole Medellín aufgewachsen. 2005 trat er den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Farc) bei und nahm den Kampfnamen Martín Batalla an – eine Hommage an seinen Fernvater Martín Hernandez Gaviria, der als Studentenfürher ermordet worden war. Während der Friedensgespräche im kubanischen Havanna sass Batalla mit Regierungsvertretern am Verhandlungstisch. 2017 gab er seine Kaliaschnik ab. Seither untersteht er einer Sonderjustiz.

RUCKSACKFABRIKANT UND RAPPER. Batalla ist Geschäftsführer einer landwirtschaftlichen Kooperative von 120 Ex-Guerrilleros und -Guerrilleras. Honig, Kaffee, Eier und Kunsthandwerk sind ihre Kassenschlager. Auch leitet er die Bekleidungs- und Rucksackfabrik «Confecciones La Montaña», eines der bekanntesten Wiedereingliederungsprojekte für ehemalige Farc-Kämpfer. Er ist zudem Koordinator aller 28 Schneidereien von «Ecomun», dem nationalen Verband der Produktionsgenossenschaften der ehemaligen Farc. Bereits 7000 Ex-Guerrilleros und -Guerrilleros haben mit Ecomun ein Auskommen gefunden – und damit den Weg ins Zivilleben. Batalla versteht sich ausserdem als «Künstler des Friedens» und tourt als Rapper durchs Land: rebrand.ly/farcrap.

Südamerika haben bereits berichtet. Ein solcher Gang an die Medien wäre in Kolumbien viel zu gefährlich gewesen.

Auch so pokern Sie hoch! Mir bleibt keine andere Option. Wir ehemalige Farc-Angehörige haben dem Friedensvertrag zugestimmt und damit akzeptiert, dass wir einer Sonderjustiz unterstellt werden. Das macht es schwierig, irgendwo Asyl zu erhalten. Auslandsreisen sind uns nur unter strikten Auflagen und mit einer Sondergenehmigung gestattet. Ich muss in zwei Monaten zurück sein. Aber das will ich auch. Denn die Kriegspolter und ihre Angehörigen haben ein Recht auf Wahrheitsfindung. Dazu möchte ich beitragen. Zudem warten zu Hause zwei Töchter auf mich. Und jede Menge Arbeit (siehe Box).

Sie persönlich führten 10 Jahre lang Krieg gegen den Staat. Weshalb haben Sie 2016 das Friedensabkommen mitunterzeichnet?

Wissen Sie, wir wären fähig gewesen, noch 50 Jahre weiterzukämpfen. Doch der Krieg war nie unser Ziel, sondern die Machtübernahme, um Kolumbien zu einem sozialen und demokratischen Land zu machen. Dies war auf dem beschrittenen Weg nicht mehr zu erreichen. Das ganze Land litt. Und die öffentliche Meinung drehte zunehmend gegen uns. Also haben wir lange diskutiert und in den Friedensverhandlungen von Havanna einen tragfähigen Kompromiss erzielt.

Wie sind Sie eigentlich zur Farc gestossen? Ich lerne sie im Gefängnis kennen, als 19jähriger Justizdelinquant.

Wie bitte? Im Jahr 2005 studierte ich an der Universität von Antioquia in Medellín. Ich war ein normaler Student, kritisch und links, aber kein bisschen militant. Wir hatten eine Studierenden-gewerkschaft aufgebaut und waren unter den ersten, die gegen das geplante Freihandelsabkommen mit den USA auf die Strasse gingen. Am 10. Februar ging die Polizei brutal gegen unsere Demonstration vor. Heftige Zusammenstösse folgten, dann – wie aus dem Nichts – eine Explosion!

Eine Bombe? Wahrscheinlich, aber das wurde nie geklärt. Ein Feuerstrahl traf mich jedenfalls mit voller Wucht. Als ich wieder zu mir kam, lagen neben mir die verkohlten Leichen der Studentinnen Paula Andrea Ospina und Magally Betancur. Es war entsetzlich. Ich habe nur knapp überlebt – mit Verbrennungen auf über 70 Prozent meiner Hautfläche. Zwei Monate lag ich im Spital. Dann wurde ich direkt ins Gefängnis verlegt.

Mit welcher Begründung? Medien brandmarkten mich und 14 weitere Studenten als gefährliche Terroristen, und als solcher war ich auch angeklagt. Der Staatsanwalt forderte 38 Jahre Haft. Im völlig überfüllten Gefängnis war Gewalt an der Tagesordnung, das Essen widerlich und die Tuberkulose verbreitet. Irgendwann intervenierte die Uno. Ich wurde in allen Punkten freigesprochen und nach 18 Monaten entlassen.

Wahnsinn! Zumal ich als vermeintlicher «Farc-Terrorist» ins Gefängnis kam und dieses als tatsächliches Farc-Mitglied verliess! Unter den 8000 Häftlingen war nämlich eine grosse Gruppe von Guerrilleros. Die waren bestens organisiert, hatten klare politische Ziele und engagierten sich für die Mitgefängnisse. Sie lehrten die Analphabeten schreiben und lesen. Und sie sorgten für Sicherheit. Das waren keine Monster, als die sie im Fernsehen dargestellt wurden. Ich war zunächst irritiert. Doch bald schloss ich mich ihnen an.

Warum wählen Sie nicht legale politische Mittel? Das hatte ich ja versucht! In den Armenquartieren, aus denen ich stamme, habe ich Quartiersversammlungen organisiert. Als Teil einer Hip-Hop-Crew habe ich mit Rap Sozialkritik geübt. Als Student habe ich mich an der Uni engagiert und auf der Strasse protestiert. Was ist passiert? Die Paramilitärs, die in Medellín sämtliche Armenquartiere kontrollieren, haben die Versammlungen unterdrückt. Drei meiner engsten Musikerfreunde wurden erschossen. Und ich wurde als Terrorist abgestempelt und eingesperrt. Meine Familie musste deswegen mehrmals umziehen. Und auf mich war nach der Haftentlassung ein Kopfgeld ausgesetzt. Gerade noch rechtzeitig konnte ich in den Dschungel fliehen, zur Farc.

Jetzt weilen Sie in Zürich, einer Kokainhochburg Europas. Nur in Barcelona wird an Wochenenden mehr vom weissen Pulver geschnupft. Was geht Ihnen dabei durch den Kopf?

Es ist himmeltraurig. Hier vergnügen sich manche Leute mit einer Substanz, die uns in Kolumbien das schlimmste Blutvergiessen bringt.

Die Farc war diesbezüglich aber auch nicht heilig. Schauen Sie, als 1964 eine Handvoll Bauern die Farc gründete, gab es das Kokain-Business noch nicht. Es waren die Kartelle von Pablo Escobar und jenes aus Cali, die in den 1980er Jahren dieses Geschäft entwickelten. Grundlage war die bittere Armut der Bauern, die von der Regierung bis heute völlig vernachlässigt werden. Als Farc konnten wir den Bauern den existenzsichernden Coca-Anbau natürlich nicht verbieten. Aber wir besteuerten schon immer sämtliche wirtschaftlichen Aktivitäten auf unserem Gebiet, sobald sie einen gewissen Umsatz überschritten. Also auch den Drogenhandel. Grossgrundbesitzer und Konzerne mussten zusätzlich die Friedenssteuer bezahlen.

«Besteuern», «Friedenssteuer»... Sie sind doch kein Staat!

Doch, tatsächlich waren wir in vielen Gebieten, für die sich der kolumbianische Staat nie interessiert hat, eine Art Staat. Wir haben Schulen, Spitäler und Strassen gebaut. Die Friedenssteuer war eine Art Ausgleich für die staatliche Kriegssteuer, die diese Unternehmen ja bereitwillig ableiteten und damit direkt den Konflikt befeuerten. Wer die Bezahlung verweigerte, musste mit einer Festsetzung rechnen.

Mit einer Geiselnahme, meinen Sie! Wie Sie wollen. Mit dem Kokain lief das jedenfalls so: Alle Drogenhändler mussten eine Eintrittsgebühr bezahlen, wenn sie in unser Gebiet kamen. Und beim Verlassen bezahlten sie einen Zoll auf die ausgeführte Ware. Die Kleinbäuerinnen und -bauern hingegen waren steuerbefreit und standen unter unserem Schutz.

Die Kokainproduktion ist nach dem Friedensabkommen massiv angestiegen...

...was zeigt, dass nicht wir die Ursache des Problems waren, sondern das Elend der Bauern, die von Bananen, Kaffee oder Yuca noch immer nicht leben können. Die Verheerungen des Drogenhandels werden erst dann enden, wenn wir eine grundsätzliche Landreform und die Legalisierung aller Drogen durchsetzen.

All das ist nicht absehbar. Im Gegenteil träumt der rechte Präsident Iván Duque von einer Mehrwertsteuererhöhung, was die Armen noch härter trafe.

Dieses Vorhaben haben die Generalstreiks und Massenproteste vom letzten Mai vorerst gebogdigt. Aber die Situation bleibt äusserst angespannt. Kolumbien ist noch immer ein tief gespaltenes Land, in dem eine arrogante und sehr gewaltbereite Oberschicht über eine riesige Masse von Armen und ganz Armen herrscht. Die Corona-Pandemie hat alles noch verschlimmert. Die Arbeitslosigkeit ist stark gestiegen, und der Hunger regiert.

Glauben Sie denn noch an den Friedensvertrag? Zu hundert Prozent! Andernfalls wäre ich schon längst wieder in den Bergen...

...wo Splittergruppen der Farc weiterkämpfen. Ja. Immer mehr Ehemalige schliessen sich wieder den Guerrillas an. Denn dort haben sie, was der Staat ihnen trotz Friedensvertrag nicht bietet: eine gesicherte Existenz.

Dadurch torpedieren sie aber den Friedensvertrag. Leider, doch dahinter steckt Folgendes: Präsident Duque wurde 2018 mit dem Versprechen gewählt, den historischen Friedensvertrag zu verwässern. Stellen Sie sich das einmal vor! Seinem Vorgänger Juan Manuel Santos hatte man für den Vertrag noch den Friedensnobelpreis verliehen. Nun behauptet Duque dreist, der Vertrag überbreite unsere Seite. Dabei erhalten wir für die zivile Wiedereingliederung viel zu wenig Unterstützung. Auch die vereinbarte Landreform blieb bisher aus. Gleichzeitig werden wir wie die Hunde niedergeschossen. Aber nicht nur wir! Alle, die in Kolumbien für die Rechte des Volkes entstehen, leben gefährlich. Trotzdem ist das Streben nach Frieden in der Mehrheit der Bevölkerung ungebrochen. Die Chance auf einen nachhaltigen Wandel ist noch immer intakt. Umso mehr müssen wir das historische Friedensabkommen verteidigen.



MARTÍN BATALLA: Der Ex-Guerrillero leitet die Bekleidungs- und Rucksackfabrik «Confecciones La Montaña», ein Wiedereingliederungsprojekt für ehemalige Farc-Kämpfer. FOTO: FRANZISKA SCHIEDERGER

MEM-Kurse Den Lohn verhandeln – so geht's!

Herbstzeit ist Lohnverhandlungszeit! Auch in den Betrieben der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) steht das Verhandeln der Lohnerhöhungen wieder bevor. Zudem ist dieses Jahr der Erfahrungsaustausch über das revidierte Gleichstellungsgesetz wichtig. Denn erstmals mussten Firmen mit 100 und mehr Mitarbeitenden eine Lohnvergleichsanalyse durchführen. Wer aus den Herbstverhandlungen das Beste heraus holen will, sollte sich gründlich vorbereiten: Wie steht es um die Wirtschaftslage? Welche Argumente ziehen? Und wie gelingt ein überzeugender Auftritt? Das und mehr vermittelt die Unia in Kursen für Mitglieder von Arbeitnehmervertretungen der MEM-Industrie.

Verhandlungskurse: **20. Oktober (Bellinzona), 21. Oktober (Winterthur), 22. Oktober (Lausanne).**

Anmelden bis 25. September unter mem@unia.ch oder 031 350 23 67. Kurs und Mittagessen sind gratis. Unia-Mitglieder erhalten eine Tagesentschädigung für den Lohnausfall, falls sie keinen Anspruch auf Freistellung für Gewerkschaftstätigkeiten haben.

«Baba News» Die Schweiz aus Secundo- Sicht



Jede vierte in der Schweiz wohnhafte Person ist Ausländerin oder Ausländer. Und sogar 37,7 Prozent von uns haben «Migrationshintergrund». Über diesen Bevölkerungsteil debattieren Herr und Frau Eidgenoss besonders leidenschaftlich. Bloss fehlen dabei allzu oft die Stimmen jener, um die es geht. Diese Lücke will «baba news» füllen. Das junge Onlinemagazin «für Schweizerinnen und Schweizer mit Wurzeln von überall» besticht mit scharfen Analysen, packenden Erfahrungsberichten und knackig-witzigen Videos. Unbedingt reinschauen, hoher Lernfaktor!

babanews.ch

Theorie-Podcast «tl;dr» Standard- werke für Lesemüde

In der Computerwelt ist «tl;dr» die Abkürzung für «too long, didn't read», also «zu lang, nicht gelesen». Genau das sagen sich viele auch beim Anblick der dicken Schinken und langen Reihen, die linke Theoretikerinnen und Theoretiker produziert haben. Jetzt schafft die Rosa-Luxemburg-Stiftung Abhilfe mit einem eingängigen Podcast. Darin erklärt der bekannte Sozialwissenschaftler Alex Demirović die wichtigsten linken Standardwerke – und zwar in verständlicher Sprache und angenehmer Kürze.

Den Podcast **tl;dr** gibt es auf Spotify & Co. sowie auf rosalux.de/theoriepodcast

Denkmal-Tage 2021: So faszinierend ist altes Handwerk Schindeln, schmieden, kalken

Wie arbeitet ein Tierpräparator? Wie hat man Bilder retuschiert, als es noch keine Computer gab? Und was ist ein Kalkbrand? An den Denkmal-Tagen gibt es schweizweit Gelegenheit, altes Handwerk live zu sehen, und auch gleich selbst auszuprobieren.

RALPH HUG

«Hereinspaziert!»: So lautet die Losung der Europäischen Tage des Denkmals. Auch in der Schweiz sind am Samstag, 10., und Sonntag, 11. September, alle Interessierten eingeladen, altes Handwerk kennenzulernen. Handwerk, das im Zeitalter der Massenfertigung in Vergessenheit geraten ist. Doch viele dieser traditionellen Techniken sind unabdingbar, wenn wir unser Kulturerbe pflegen und bewahren wollen. Bei der Restaurierung von Schlössern, alten Bauernhäusern, Industriean-

Seit der Eisenzeit hat sich die Herstellung von Nägeln aus Eisenerz kaum verändert.

gen oder wertvollen Altstadthäusern sind Fachleute gefragt, die solche Künste noch beherrschen. work gibt einen Überblick über die interessantesten Anlässe in den Kantonen, bei denen man nicht nur zuschauen, sondern oft auch gleich mitmachen kann.

SCHINDELN MACHEN: Holzschindeln aus Fichte oder Lärche gehörten einst zu fast jedem Haus. In Engelberg OW ist Schindelmacherin Trix Limacher live an der Arbeit zu sehen, an einer Fassade aus dem Jahr 1910 (Samstag, ab 9 Uhr, Alte Gasse 36). Das Volkskundemuseum in Stein AR demonstriert, wie Schindeln korrekt verbaut werden (Samstag, 13.30 Uhr). Und in Davos zeigen Schreinerfachleute, wie die



HISTORISCHE HOLZHÄUSER: Schindelmacherin Trix Limacher aus Engelberg OW. Sie arbeitet an den Denkmal-Tagen an der neuen Schindelfassade eines um 1910 erbauten Gebäudes. FOTO: LUZERNER ZEITUNG

Technik bei modernen Bauten funktioniert (Samstag, 10 und 13 Uhr, Schreinerei, Guferstrasse 5).

NÄGEL SCHMIEDEN: Seit der Eisenzeit hat sich die Herstellung von Nägeln aus Eisenerz kaum verändert. Kantonsarchäologin Franziska Pfenniger zeigt in der Stahlgießerei in Schaffhausen live, wie es geht. Man darf auch mal selber an den Amboss (Samstag, 10–15 Uhr, Mühlentalstrasse 86). In Winterthur steht die letzte noch aktive Nagelfabrik der Schweiz mit Maschinen aus der Gründerzeit (um 1895) zur Besichtigung bereit (Donnerstag, 9. September, 17.30 Uhr, St.-Galler-Strasse 138). Wie einst aus heissem Eisen Nägel geschmiedet wurden, demonstriert die Nagelschmiede im Fricktaler Museum in Rheinfelden AG (Samstag, 14–17 Uhr).

TIERE PRÄPARIEREN: Messer, Schere und Pinzette sind die bevorzugten Werkzeuge der Tierpräparation. Ein Meister seines Fachs war Ernst H. Zolli-

kofer (1859–1930). Seine Werke sind im Naturmuseum St.Gallen zu bewundern (Sonntag, stündliche Führungen ab 10 Uhr). Im Naturhistorischen Museum Bern führt Präparator Constantin Latt dem Publikum die «Grossdermoplastiken» (Präparate von grossen Tieren) vor (Sonntag, stündlich ab 10 Uhr).

KALKBRENNEN: Kalk ist wichtig für Mörtel und Trockenmauern. Wie er entsteht, ist im Steinbruch der Gebrüder Thomann in Liesberg bei Laufen BL anhand eines richtigen Kalkbrands zu erleben (Sonntag, 9 Uhr). In Zürich zeigt Spezialist Carlo Vagnières, wie historische Altstadthäuser mit Kalkfassaden und farbigen Verputzen aufgewertet werden (Samstag, 10, 14 und 16 Uhr, Sonntag, 14 und 16 Uhr).

FOTOGRAFIEREN/RETUSCHIEREN: Im Stadtmuseum Aarau kann man nur mit Licht und Wasser blaue Fotos entstehen lassen. Dieses alte Verfahren heisst Cyanotypie (Sonntag, ab 14.30

Uhr). Im Atelier Reding in Köniz BE zeigt Fotografin Nadine Reding, wie früher Fotos retuschiert wurden (Samstag, 11–16 Uhr, Vidmarhalle 33).

FARBEN GESTALTEN: Der Tabakhändler Carl F. Grob hat 1885 seine Villa Patumbah in Zürich mit üppigen Fresken und Malereien verschönert. Man wohnt sich auf einer tropischen Insel. Die Dekorationsmalerin Olivia Fontana erklärt die Techniken dahinter (Samstag, 14.30 und 15.30 Uhr, Sonntag, 13.30, 14.30 und 15.30 Uhr).

PADELN IM EINBAUM: Die Pfahlbauerinnen und Pfahlbauer benötigten in der Steinzeit einen Einbaum, um über den See zu kommen. Dabei ist richtiges Paddeln gar nicht so leicht. Wie es geht, zeigen die Sportsleute der Einbaumregatta in Uster ZH (Samstag, ganzer Nachmittag, Schifflände Niederuster).

Das vollständige Programm mit allen Daten und Anlässen im Download: rebrand.ly/denkmaltag.

work | x1 der wirtschaft

Daniel Lampart



REICHE BLEIBEN REICH – UND WERDEN REICHER

Was würden Sie tun, wenn Sie 26 Millionen Franken hätten? Für die allermeisten Leute ist so viel Geld fast unvorstellbar. Für die reichsten 50 000 in der Schweiz ist das hingegen Alltag! Dieses reichste Prozent besitzt 43 Prozent aller Vermögen. Sie besitzen Firmen, Mehrfamilienhäuser, Wald und Landwirtschaftsland und machen damit ihre Geschäfte. Die Dividenden und Mieteinnahmen bringen viel Geld – rasch einmal bis zu einer Million Franken Einkommen pro Jahr.

IMMER MEHR. Die Reichen bleiben in der Schweiz weitgehend unter sich. Wer einmal Millionär ist, ist es mit 90 Prozent Wahrscheinlichkeit auch in 10 Jahren. Das zeigen die Statistiken für den Kanton Zürich. Der Aufstieg in diese Kreise ist selten. Selbst unter den 30- bis 49-jährigen schaffen es nur sehr wenige vermögensschwache Personen, in 10 Jahren Millionärin oder Millionär zu werden. Durch den Boom bei den Aktien und den Immobilien sind die Reichsten sogar noch reicher geworden. Die Vermögens- und Einkommensschere ist seit den 1990er Jahren aufgegan-

gen. 1990 besass das reichste Prozent erst 33 Prozent aller Vermögen. Neben dem Boom auf den Finanzmärkten haben sie auch von der Steuerpolitik profitiert. Steuersenkungen schenken bei den Reichen besonders ein. Die Vermögenssteuern wurden in zahlreichen Kantonen halbiert. Und die Erbschaftssteuern für direkte Nachkommen abgeschafft. Viele Kantone haben zudem die Einkommenssteuern spürbar gesenkt.

IMMER WENIGER. Ganz anders ist die Situation für Gering- und Normalverdienende. Dank den gewerkschaftlichen Kampagnen für bessere und Mindestlöhne ging es zwar beim Lohn sukzessive aufwärts. Doch die Politik war leider nicht auf unserer Seite. Weil Bund und Kantone lieber die Steuern für die Oberschicht senkten, als die Prämienverbilligungen für die Krankenkassen aufzustocken, wurden die Krankenkassenprämien für viele Haushalte zu einer immer grösseren Belastung. Sie verschlingen heute oft mehr als 10 Prozent des Einkommens. Dazu kommen die immer weiter steigenden Mieten und die Wohnungsknappheit in den Zen-

Absolute Vermögensmobilität nach Altersgruppen 2006–2015

Kanton Zürich, Steuerpflichtige 2006 bis 2015, in Tausend Franken

	30- bis 49-jährige (2006)					
	0-50 (55%)	50-100 (12%)	100-250 (16%)	250-500 (9%)	500-1000 (5%)	1000 (3%)
0-50 (55%)	69,9	11,1	11,3	4,6	2	1,2
50-100 (12%)	22,2	19,3	35,4	15,3	5,5	2,3
100-250 (16%)	10	7,5	31,6	32,6	13,3	5
250-500 (9%)	4,6	2,1	9,6	31	38,2	14,5
500-1000 (5%)	2,5	0,9	3,2	9,4	36,9	47,1
1000 (3%)	2,1	0,4	1,1	1,8	7,4	87,2
	0-50 (43%)	50-100 (10%)	100-250 (14%)	250-500 (13%)	500-1000 (9%)	1000 (8%)

Lesebeispiel: Die Haushalte in der Altersgruppe der 2006 30- bis 49-jährigen mit einem Vermögen von 100 000 bis 250 000 Fr.: Von dieser Gruppe befinden sich 2015 rund ein Drittel (31,6%) noch in derselben Vermögensklasse wie 2006. Etwas mehr sind aber in die nächste aufgestiegen (32,6%; 250 000 bis 500 000 Fr. Vermögen), und 5% von ihnen sind im Verlauf der Dekade sogar zu Vermögensmillionären geworden. Zusammen genommen steigen mehr als die Hälfte (50,9%) in eine höhere Vermögensklasse auf. Vergleichsweise gering ist mit einem Anteil von 17,5% (10 + 7,5%) hingegen der Anteil der Haushalte, deren Vermögen sich verringert hat.

QUELLE: STATISTIK KT. ZH, https://peter-moser.ch/publikationen/ai_2019_02_vermoegensmobilitaet.pdf

ten. Viele Familien und Haushalte haben immer mehr Mühe, mit ihrem Lohn oder ihrer Rente über die Runden zu kommen. Darum setzen sich die Gewerkschaften für höhere Löhne und höhere Prämienverbilligungen für die Krankenkassen ein. Und darum bekämpfen sie die vom Parlament beschlosse-

nen Steuersenkungen bei der Stempelsteuer für Aktionärinnen und Aktionäre mit dem Referendum. Zudem unterstützen sie die 99-Prozent-Initiative der Juso, die für etwas mehr Gerechtigkeit im Land sorgen würde.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).



FREILICHTMUSEUM BALLEMBERG: Land tanzt, Stadt schaut. FOTO: KEYSTONE

Die rot-grünen «Schmarotzer-Städte» sind ein Hirngespinnst

Realität widerlegt SVP-Propaganda

Die SVP bläst zur Jagd auf die Städte. Diese würden «von der Landbevölkerung leben». Das Gegenteil ist richtig, wie die Zahlen zeigen.

CLEMENS STUDER

Schweizerinnen und Schweizer bezahlen Rekordpreise für Lebensmittel. Zugleich fließen Milliarden in die Landwirtschaft. Und in die ländliche Infrastruktur. Trotzdem versuchen SVPler jetzt, die Realität zu verdrehen: Das Land finanziere die Städte, behauptet die Blocher-Partei.

BELEGFREI

Den Startschuss für die Anti-Städte-Kampagne gab Reiner Eichenberger, der Haus- und Hofökonom der SVP, in einem weitgehend zahlen- und belegfreien Interview in den TA-Medien. Eine Woche später, am 1. August, las dann SVP-Präsident Marco Chiesa vor, was die SVP-Tenöre wie «Weltwoche»-Chefredaktor Roger Köppel & Co. seit einiger Zeit promoten: Die linken und grünen Schmarotzerinnen und Schmarotzer in den Städten würden die brave und tüchtige Landbevölkerung melken.

MILLIARDEN FÜRS LAND

Doch wie sehen die Zahlen aus? So: Über den sogenannten interkantonalen Finanzausgleich werden jährlich rund 5,2 Milliarden umverteilt. In den nationalen Finanzausgleich zahlen folgende Kantone netto ein: Basel-Stadt, Genf, Ob- und Nidwalden, Schwyz, Zug und Zürich. Sie sind die sogenannten Geber-Kantone. Die übrigen Kantone sind Nehmer-Kantone.

Alle Kantone zusammen erhalten für ihre Städte etwas über 330 Millionen, weil sie mehr Sozialaufgaben haben. Dazu knapp 170 Millionen für die Sonderleistungen ihrer Kernstädte. Die sogenannten Randregionen bekommen knapp 170 Millionen als Entschädigung für

topographisch begründete Mehraufwände. Doch: am Finanzausgleich vorbei fließen zusätzlich Jahr für Jahr rund 10 Milliarden aus der Bundeskasse aufs Land. Etwa als Landwirtschaftssubventionen, für Strukturverbesserungsmassnahmen, für Strassenbau, für Tourismus- und Beizenfinanzierungen, für Schlechtwetterentschädigungen usw. Noch nicht eingerechnet ist da, was unter diversen Titeln zusätzlich zu den Bäuerinnen und Bauern fliesst (siehe Artikel rechts).

Eine massive Quersubventionierung von «den Städten» «aufs Land» gibt es auch beim Service public. Ein Brief kostet in dichtbesiedelten Gebieten gleich viel wie in den Hölgern, wo Pöstlerinnen und Pöstler schon mal eine Viertelstunde von Hof zu Hof fahren müssen. Ähnliches gilt für die Telekom-Infrastruktur. Das sind erhebliche Transfers von urbanen in ländliche Regionen. Das ist staatspolitisch sinnvoll – und wird von den angeblich schmarotzenden Roten und Grünen auch gar nicht in Frage gestellt. Ganz im Gegensatz etwa zur SVP, die den Service public schwächen möchte, wo sie nur kann.

Ohne das in den Städten erarbeitete Geld wären viele Landgemeinden längst verödet.

WER VERTEILT? Zentraler als die Frage, welcher Kanton wie viel aus der Bundeskasse bekommt, ist die Frage, wie das Geld innerkantonal verteilt wird. Denn Hunderte von Landgemeinden kassieren aus dem Finanzausgleich Summen, die bis die Hälfte jenes Geldes ausmachen, das sie als ordentliche Steuern einnehmen. Und es gibt schweizweit unzählige Gemeinden, die mehr sogenannte Transfererträge kassieren, als sie als Steuern einnehmen. Meist SVP-Hochburgen wie zum Beispiel Trub BE. Konkret: Ohne das in urbanen Gebieten erarbeitete Geld wären viele Landgemeinden längst verlassen und verödet. An dieser Art

von Verteilung stört sich die SVP nicht. Es geht ihr um die Städte, auch aus politischem Kalkül, denn inzwischen sind die meisten rot-grün regiert.

Zwei konkrete Beispiele, die die «Schmarotzer-Städte»-These der SVP widerlegen:

Zum Beispiel die Stadt Zürich: Die grösste Stadt der Schweiz erhält rund 400 Millionen Franken Entschädigung für Leistungen, von denen auch die Landbevölkerung profitiert (Theater, Oper, Sicherheitsdienst etwa bei Gölä-Konzerten usw.). Aber: Die Stadt Zürich zahlt gleichzeitig 350 Millionen Franken in den «Ressourcenausgleich» ein, aus dem Landgemeinden unterstützt werden. Letztes Jahr blieben Zürich gerade 17 Millionen Franken. 2018 bezahlte das seit Jahren rot-grüne Zürich sogar erstmals mehr, als es erhielt.

Zum Beispiel die Stadt Bern: Die Bundesstadt erfüllt sowohl nationale wie kantonale Kernaufgaben. Sie erhielt dafür letztes Jahr 64 Millionen Franken. Aber 46 Millionen musste sie gleichzeitig für die Landgemeinden in den innerkantonalen Finanzausgleich einzahlen. Der bürgerlich regierte Kanton Bern ist in absoluten Zahlen der grösste Nehmerkanton. Aber das Geld fliesst nicht in die seit Jahrzehnten rot-grün regierte Stadt, wie die SVP behauptet und unlängst gar die NZZ phantasierte.

FAZIT

Die Zahlen aus dem richtigen Leben zeigen, dass hinter dem Städte-Bashing der SVP pure Propaganda steht und der Frust, dass trotz jahrzehntelangem verzweifeltem Anrennen für die Rechtsnationalisten in urbanen Gebieten kein Blumentopf zu holen ist. Offensichtlich ist die im Zürcher Speckgürtel ausgeheckte Strategie jetzt die, bei nationalen Abstimmungen aufs Ständemehr zu setzen, um politische und gesellschaftliche Fortschritte zu verhindern. Denn auch hier ist das Land bevorzugt, zumindest die Landkantone: ein Appenzeller Innerrhändler hat die gleiche Stimmkraft wie 41 Zürcherinnen.

Milliarden-Subventionen und absurde Extrawürste So viel kostet uns die Landwirtschaft

Von 1 Franken Einkommen in der Landwirtschaft kommen 54 Rappen von den Steuerzahlerinnen und Konsumenten – ohne dass diese dafür auch nur einen welken Kabiskopf erhielten.

CLEMENS STUDER

Seit dem Landesstreik 1918 genießt die Bauernschaft in der Schweiz den Status einer heiligen Kuh. Damals verbündete sie sich mit dem Freisinn und dem Kapital gegen die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter (die Analyse hier: rebrand.ly/landsturm). Zum Dank verhätschelt man sie im Bundeshaus heute noch.

Über die Zeit ist ein schier undurchdringliches Dickicht an direkten Zahlungen, indirekten Förderungen und absurden Bevor-

Das Arbeitsgesetz gilt für die Bauern nicht.

zugungen entstanden. Ergebnis: Einem volkswirtschaftlichen Nutzen der Landwirtschaft von rund 6,8 Milliarden Franken stehen Kosten für Konsumentinnen und Steuerzahler von gut 8,5 Milliarden Franken gegenüber. Dabei sind die Kosten für Umweltschäden von 7,6 Milliarden Franken (zum Beispiel überdüngte Böden, Feinstaub, belastetes Grundwasser usw.) nicht einmal eingerechnet. Insgesamt kostet die Schweizer Landwirtschaft die Allgemeinheit jährlich mindestens 20 Milliarden Franken. Das hat eine Studie der wirtschaftsnahen Denkfabrik Avenir Suisse vom vergangenen Jahr gezeigt.

EINIGE BEISPIELE:

- **Direktzahlungen:** Offiziell erhalten die Bauern und Bäuerinnen von Bund und Kantonen pro Jahr 4,2 Milliarden Franken.
- **Grenzschutz:** 3,1 Milliarden im Jahr kosten allein die Grenzschutzmassnahmen für Land-



PRIVILEGIERT: Bauern bezahlen für landwirtschaftliche Fahrzeuge eine reduzierte Motorfahrzeugsteuer. FOTO: KEYSTONE

wirtschaftsprodukte, die von den Konsumierenden berappt werden. Macht rechnerisch für jeden Haushalt rund 830 Franken im Jahr.

- **Arbeitsgesetz:** Gilt für die Bauern nicht.
- **Verkehr:** Bauern müssen für landwirtschaftliche Fahrzeuge keine Schwerverkehrsabgabe bezahlen. Sie bezahlen eine reduzierte Motorfahrzeugsteuer. Sie bekommen die Mineralölsteuer zurückbezahlt. Beim Transport von Aushub- und Baumaterial und bei Holztransporten gilt die Chauffeur-Ruhezeit für Bauern nicht.
- **Familienzulagen:** Diese bezahlt für die Bauern die Allgemeinheit. Kostenpunkt: über 60 Millionen Franken pro Jahr.
- **Steuern:** Bauern profitieren von unzähligen Steuerprivilegien: Sie müssen beim Verkauf eigener Erzeugnisse keine Mehrwertsteuer bezahlen.

EINIGE VERGLEICHE:

Ein Beschäftigter oder eine Beschäftigte in der Landwirtschaft kostet die Allgemeinheit volkswirtschaftlich pro Jahr **43 005 Franken** (Vollzeitäquivalent).

Das ist jeweils rund...

- ... **6 Mal so viel** wie für ein durchschnittliches Stipendium.
- ... **3,5 Mal so viel** wie für eine asylsuchende Person pro Jahr.
- ... **2,5 Mal so viel**, wie eine Schülerin oder ein Schüler während der ganzen Primarschule kostet.
- ... **1,5 Mal mehr**, als für die Ausbildung einer Studentin oder eines Studenten ausgegeben wird.



Regula Dick
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Zur Miete beim Chef: Darf er den Mietzins vom Lohn abziehen?

Ich arbeite seit 5 Jahren als Maurer für eine Baufirma, der auch ein Mietshaus gehört. Ich konnte dort relativ günstig eine Wohnung mieten. Vor kurzem haben meine Frau und ich uns getrennt, und ich zahle Unterhalt. Deshalb bin ich zwei Monatsmieten im Rückstand. Nun will mein Chef die fehlende Miete mit meinem nächsten Lohn verrechnen. Ich werde somit keinen Lohn erhalten. Darf er das?

REGULA DICK: Nein. Ihr Chef darf Forderungen Ihnen gegenüber nur dann mit Ihrem Lohn verrechnen, wenn Sie dadurch nicht unter das betriebsrechtliche Existenzminimum fallen. Nur wenn es sich um von Ihnen absichtlich zugefügten Schaden handeln würde, dürfte er Ihnen die Schadenersatzansprüche ganz verrechnen. Sie haben jedoch keinen absichtlichen



MIETZINS-VERZUG: Auch wenn Sie beim Chef Schulden haben, muss er Ihnen einen Teil des Lohnes auszahlen.
FOTO: ADOBE STOCK

Schaden zugefügt. Deshalb ist es gesetzeswidrig, Ihnen gar keinen Lohn auszuzahlen. Sie sollten sich beim Betriebsrat um Wohnort ausrechnen lassen, wie hoch Ihr betriebsrechtliches Existenzminimum ist, und danach Ihrem Chef die Rechtslage schildern.

Kündigung: Soll ich vor dem 61. Geburtstag zur Arbeitslosenkasse?

Ich arbeitete seit vielen Jahren als Verkäufer in einem Elektrogeschäft. Am 3. Dezember habe ich Geburtstag. Mir ist jedoch nicht zum Feiern zumute. Das Unternehmen hat Konkurs angemeldet, den Mitarbeitenden wurde per Ende September gekündigt. Ich befürchte, dass ich in meinem Alter keinen neuen Job mehr finde. Deshalb hat mir ein Kollege geraten, mich sofort bei der Arbeitslosenkasse zu melden, damit es keine Einkommenslücke gibt. Ist das ein guter Rat?

REGULA DICK: Nein. Es lohnt sich, wenn Sie für die Anmeldung bei der Arbeitslosenkasse noch bis zu Ihrem Geburtstag warten. Wenn Sie sich frühestens vier Jahre vor Ihrem ordentlichen Rentenalter bei der Arbeitslosenkasse anmelden, erhalten Sie zu Ihrem ordentlichen Anspruch auf Taggelder zusätzliche 120 hinzu. Sie haben während der letzten zwei Jahre vor der Kündigung gearbeitet und sich so die notwendigen Beitragsmonate für 520 Taggelder erworben. Zu diesen kommen nun noch 120 Taggelder hinzu. Ihr Taggeldanspruch beträgt somit 640 Tage, und diese können Sie in der Zeit bis zur Pensionierung beziehen.

Noch nicht gegen Corona geimpft? Fragen und Antworten für Unschlüssige.

Dank Impfung ganz einfach besser geschützt

Die Zahl der Geimpften stagniert, und die Corona-Infektionen steigen wieder rasant an. Aber wie sicher ist die Impfung? Wie wirksam? Wie darf die Firma meine Entscheidung beeinflussen? work gibt Antworten auf wichtige Fragen.

MARTIN JAKOB

? Auch vollständig geimpfte Personen erkranken, es werden sogar immer mehr. Da frage ich mich schon, was die Impfung bringt. Die Herstellerstudien von Pfizer/Biontech und Moderna haben eine Wirksamkeit von rund 95 Prozent gegen die Ursprungsvariante des Virus ausgewiesen. Gemäss Bundesamt für Gesundheit (BAG) ist unter 100 positiv getesteten Personen nur eine, die sich trotz vollständiger Impfung angesteckt hat. Mit der Virusvariante Delta, die weiter auf dem Vormarsch ist, dürfte sich dieses Bild etwas verschlechtern, dennoch sprechen alle bisherigen Statistiken dafür, dass die Impfung das Infektionsrisiko auch bei dieser Variante deutlich senkt. Vor allem das Risiko eines schweren Verlaufs ist tiefer. Auf jeden Fall bleibt es wahrscheinlicher, mit Impfung schadlos durch die Pandemie zu kommen als ohne.

? Ich möchte mich zwar impfen lassen, fürchte aber die Schmerzen danach. Aus meinem Bekanntheitskreis spürten die meisten irgendeine Nebenwirkung. Und Tote soll es auch schon gegeben haben. Die leichten «unerwünschten Impferscheinungen», wie die Fachwelt sagt, sind tatsächlich recht häufig. Mit kurzzeitigen Schmerzen an der Einstichstelle müssen Sie rechnen (84 Prozent der Geimpften). Andere Nebenwirkungen, mit Werten zwischen 30 und 60 Prozent ebenfalls recht häufig, klingen nach ein, spätestens zwei Tagen vollständig ab: Kopfschmerzen, Muskelschmerzen oder Schüttelfrost. Diese Reaktionen gelten als «Immunantwort» des Körpers und sind ein Signal, dass die gewünschte Wirkung eintritt. Jüngere Personen zeigen eher heftigere Reaktionen als ältere.

Schwere Nebenwirkungen sind in der Schweiz bisher in rund 1900 Fällen gemeldet worden. Bei etwas über 4,7 Millionen geimpften Personen entspricht das einer Quote von 0,4 Promille. In 133 der schwerwiegenden Fälle kam es in unterschiedlichem zeitlichen Abstand zu Todesfällen. Gemäss Swissmedic gibt es in keinem Fall konkrete Hinweise, dass die Impfung selbst zum Tod geführt hat. Das mittlere Alter dieser Personen lag bei 80,7 Jahren, praktisch alle hatten Vorerkrankungen.

? Ich stille mein Kind noch einige Monate lang. Soll ich mit Impfen zuwarten? Und was gilt für die Kollegin, die schwanger ist? Für stillende Frauen gilt die Impfung als unbedenklich. Bereits in der Schwangerschaft können sich Frauen nach vorheriger ärztlicher Abklärung impfen lassen. Sie benötigen dazu ein ärztliches Attest. Viele Fachärztinnen und -ärzte raten allen Schwangeren zur Impfung. Vom BAG ausdrücklich empfohlen wird die Impfung schwangerer Frauen mit chronischen Krankheiten.

? Ich habe das Gerücht gehört, die Impfung könne unfruchtbar machen. Ist da was dran? Nein, denn die Behauptung, der Impfstoff enthalte ein Protein, das die Ausbildung der Placenta verhindere, ist nachweislich falsch. Schon während der Zulassungsstudie des Impfstoffherstellers Pfizer/Biontech wurden übrigens 23 der geimpften Probandinnen schwanger, und seither kommt es auch in der Schweiz regelmässig zu Geburten bei geimpften Frauen.

? Meine Kinder (13 und 15 Jahre) möchten sich impfen lassen. Haben wir als Eltern dabei ein Wörtchen mitzureden?



RISIKO SENKEN: Die Impfung bietet zwar keinen absoluten Schutz – aber einen hohen. FOTO: GETTY

WORKTIPP

IMPFFEN – WO?

Die Organisation der Impfungen ist kantonal geregelt. Die Links zu den Informationen Ihres Kantons: www.bag-coronavirus.ch/impfung. Neben Impfzentren bieten auch Apotheken fast aller Kantone die Impfung an: www.impfapotheke.ch. Die Erstimpfung mit zwei Dosen ist nach wie vor für alle kostenlos.

Jugendliche ab 12 Jahren haben das Recht, sich eigenständig für oder gegen eine Impfung zu entscheiden, sofern sie als urteilsfähig und informiert gelten.

? Darf die Firma von mir verlangen, dass ich offenlege, ob ich geimpft sei? Grundsätzlich nein. Denn Impfdaten sind Gesundheitsdaten und damit Teil Ihrer Privatsphäre. Anders verhält es sich nur, wenn die Impfung für Ihre Arbeit aus besonderen Gründen erforderlich ist (siehe nächste Frage).

? Kann mich die Firma zwingen, mich impfen zu lassen? Die Unia unterstützt die Impfpflichtung des Bundes. Es besteht aber in der Schweiz keine Verpflichtung, sich impfen zu lassen.

empfeilt das Bundesamt für Gesundheit zurzeit die dritte Impfdosis noch nicht, da die Datengrundlage dafür ungenügend sei.

? Darf die Firma von mir verlangen, dass ich offenlege, ob ich geimpft sei? Grundsätzlich nein. Denn Impfdaten sind Gesundheitsdaten und damit Teil Ihrer Privatsphäre. Anders verhält es sich nur, wenn die Impfung für Ihre Arbeit aus besonderen Gründen erforderlich ist (siehe nächste Frage).

? Kann mich die Firma zwingen, mich impfen zu lassen? Die Unia unterstützt die Impfpflichtung des Bundes. Es besteht aber in der Schweiz keine Verpflichtung, sich impfen zu lassen.

Ihre Firma darf daher von Ihnen in den allermeisten Fällen nicht verlangen, sich impfen zu lassen. Aus-

Die Impfung ist auch von der Unia empfohlen. Sie darf aber nie erzwungen werden.

nahmen könnten etwa Berufstätige sein, die Hochaltrige oder Schwerkranken pflegen. Aber auch in diesem Fall darf die Impfung nicht erzwungen werden. Firmen haben gegenüber ihren Arbeitnehmenden zwar ein Weisungsrecht, müssen jedoch bei seiner Ausübung ihre Persönlichkeit und ihre physische und psychische Gesundheit achten und schützen. Daher muss stets eine Abwägung zwischen den Interessen der Arbeit-

nehmenden und anderen Interessen – etwa jenen von durch sie betreuten Personen – erfolgen. Möglich sind andere Massnahmen, etwa eine vorübergehende Versetzung an einen anderen Arbeitsplatz. Im übrigen haben die Anwendung von Schutzkonzepten und das Abstandhalten immer Vorrang.

? Darf ich mich während der Arbeitszeit impfen lassen? Ja. Ihr Arbeitgeber muss Ihnen für den Impftermin freigeiben wie bei anderen ärztlichen Terminen. Im Monatslohn ist es üblich, dass die Firma trotzdem Lohn zahlt. Anders verhält es sich nur, wenn Sie im Stundenlohn angestellt sind. Schauen Sie auch in Ihrem Arbeitsvertrag oder im GAV nach, ob darin Arztbesuche geregelt sind.

CORONA-INFO IN MIGRATIONSSPRACHEN

VORBILD SEIN

Überdurchschnittlich viele Patientinnen und Patienten, die derzeit wegen Covid-19 ins Spital eingewiesen werden, haben einen Migrationshintergrund. Warum ist das so? Sie arbeiten überdurchschnittlich in essentiellen Branchen und haben kaum Möglichkeiten zum Homeoffice. Hinzu kommen die intensivere Reiseaktivität im Sommer und eine tiefe Impfquote bei den unter 60jährigen. Hilmi Gashi, nationaler Leiter Interessengruppen bei der Unia, glaubt nicht, dass Impfskepsis in dieser Bevölkerungsgruppe besonders stark verbreitet sei (siehe auch Gashis Appell Seite 3). Jedoch hätten die bisherigen Informationskampagnen diese Menschen vernachlässigt. «Es wurde verpasst, für Menschen, die Mühe mit den Informationen haben oder skeptisch sind, Experten aus ihrem eigenen Umfeld beizuziehen, und oft war das Niveau der Information auch sehr akademisch.» Inzwischen gibt es immer mehr Bemühungen, die Migrantinnen und Migranten in der Schweiz in ihrer Sprache und auf ihren Informationskanälen über die Corona-Impfung zu informieren. Hier einige Links:

- Informationen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) zu Covid-19 in allen Migrationssprachen von Albanisch bis Türkisch: rebrand.ly/bag-sprachen sowie: rebrand.ly/rotes-kreuz
- Corona-Info-Videos in 16 Sprachen des Diaspora-TV und des Roten Kreuzes: rebrand.ly/diaspora-tv
- «Horizonte»-Zeitung Nummer 1/21 der Unia für fremdsprachige Mitglieder in 5 Sprachen: rebrand.ly/horizonte
- Erklär-Video des Kardiologen und Co-Chefarztes des Luzerner Kantospitals, Florim Cuculi, auf albanisch: rebrand.ly/florim-cuculi

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



GANZ OHR: Für den Musikgenuss unterwegs empfehlen sich Kopfhörer mit Geräuschunterdrückung. Und der Sicherheit im Verkehr zuliebe: Augen offen halten! FOTO: ISTOCK

Kopfhörer: Klarer Sound in jeder Situation

Zugfahrt oder Joggen, Podcast oder Popmusik: Für jede Situation gibt es einen passenden Smartphone-Kopfhörer. Die Preise reichen von 10 bis zu 600 Franken. Diese Fragen müssen Sie sich vor dem Kauf stellen:

Wo hören Sie? Für unterwegs lohnt sich ein Modell mit Geräuschunterdrückung. Umgebungslärm lässt sich damit oft ausblenden.

Wie gross ist Ihr Budget? Am günstigsten sind Kopfhörer mit Kabel. Die gibt's am Kiosk bereits für unter 10 Franken. Jede zusätzliche Funktion wie Geräuschunterdrückung, Telefonieren oder kabellose Tonübertragung macht den Kopfhörer teurer.

Für Langzeiteinsätze sind Modelle mit Akku weniger gut geeignet.

Zum Joggen? Für den Sport eignen sich sogenannte In-Ear-Hörer. Sie stecken im Ohr, sind sehr leicht und stören nicht, wenn Sie sich bewegen. Viele Modelle sind zudem wasserdicht. **Zum Telefonieren?** Dazu braucht es ein Modell mit Mikrofon. Bei kabellosen Modellen ist es meist in den Hörschalen eingebaut und damit weit vom Mund entfernt. Die Folge: Die Person am anderen Ende versteht Sie schlecht. Besser ist das Mikrofon am Kabel oder an speziellen Mikrofonbügeln.

Wie lange? Wenn Sie den Kopfhörer täglich mehrere Stunden benutzen, sollten Sie ein Modell mit Kabel kaufen. Sie beziehen den Strom vom Smartphone. Der Akku kabelloser Modelle hält nur wenige Stunden. CHRISTIAN BIRMELE

Sind Elektroautos eine Alternative für Umweltbewusste und Sparfüchse? Im Vorteil erst ab Kilometer 30 000



SCHÖNE NEUE AUTOWELT: Elektromobilität ist zukunftsträchtig. Eine Lademöglichkeit über Nacht – wichtig für den Alltagsgebrauch – haben aber noch längst nicht alle. FOTO: ISTOCK

Ökobilanz und Betriebskosten sprechen eher fürs Elektroauto. Aber wer zur Miete wohnt, muss fürs Laden zu Hause beim Eigentümer bittbätti machen.

MARTIN JAKOB

Elektroauto, Benziner oder Diesel? Der moderne Mensch fährt doch – wenn schon – Elektro! Weil ihm bewusst ist, dass Personwagen in der Schweiz für 24 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich sind, das Elektroauto hingegen unterwegs null CO₂ ausstösst. Und weil er gehört hat, das Elektroauto sei zwar beim Kauf etwas teurer, im Betrieb aber billiger. Sparen beim Autofahren und damit gleich noch das Klima retten: ist doch cool!

Doch auch das Elektroauto belastet die Umwelt. Entscheidend sind der Ressourcen- und Energieverbrauch von der Herstellung des Fahrzeugs bis zum Betrieb sowie die Herkunft des getankten Stroms: Damit die Bilanz positiv ausfällt, muss der Strom aus erneuerbaren Quellen stammen. In der Herstellung verursacht ein Elektroauto, vor allem wegen der Batterie, deutlich höhere Treibhausgasemissionen.

AB KILOMETER 30 000. Erst im Betrieb holt es auf, und etwa ab dem 30 000. Kilometer fährt man in der Schweiz elektrisch umweltfreundlicher (Berechnung TCS / Paul-Scherrer-Institut). Diesem Wert liegt der Schweizer Strommix zugrunde, der zu 75 Prozent aus erneuer-

baren Energien besteht – die EU kommt auf 14 Prozent. Zudem ändert die Elektrifizierung am grundlegenden Konstruktionsfehler der aktuell gekauften Automobile nichts: Gemessen daran, dass sie meist nur ein bis zwei Personen transportieren, benötigen die meisten unangemessen viel Fläche, sind sauschwer und sauteuer.

GERINGE KOSTENVORTEILE. Wie sieht es mit den Kosten aus? Die Treibstoffrechnung spricht für den Stromer. Der Elektromotor hat ja den dreimal höheren Wirkungsgrad als ein Benziner, ist also deutlich effizienter. Auch die Wartungskosten liegen tiefer, und bei Steuer und Versicherung lässt sich je nach Kanton und Police etwas sparen (Fördermassnahmen von Bund,

Kantonen und Gemeinden: rebrand.ly/eforderung). Aber der Kaufpreis ist höher, und weder Garage noch Reifen kosten weniger. Nach Expertenberechnung kostet zum Beispiel ein Benziner der unteren Mittelklasse bei 20 000 Kilometern jährlich über sechs Jahre total 100 600 Franken – sein Pendant mit E-Motor schlapp 100 Franken weniger (rebrand.ly/evergleich).

DER PFERDEFUSS. Haben Sie auch schon bemerkt, dass auffällig viele Elektroautos Luxus-schlitten sind? Kein Zufall: Weil die Dichte der öffentlichen Ladesäulen noch gering ist und die Ladezeiten lang sind (15 Minuten bis mehrere Stunden), haben Gutbetuchte bessere Karten: Sie installieren ein Ladegerät im Einfamilienhäusli oder

am Kaderparkplatz der Firma. Wer zur Miete wohnt und nicht in einem Unternehmen arbeitet, das Elektromobilität für **Deutschland macht's vor: Vermieter müssen Ladestrom anbieten.**

alle fördert, ist im Nachteil. Denn in Mietverhältnissen entscheidet die Vermieterschaft, ob sie Ladestationen auf dem Grundstück oder in der Tiefgarage selber installieren will oder ob die Mieter das dürfen. Da haben es die Deutschen besser: Seit diesem März kann jede Mietpartei im Mehrfamilienhaus von den Eigentümern verlangen, dass sie Zugang zu einer Ladestation erhält. In der Schweiz dauert das wieder mal länger.

CAR-SHARING ELEKTRISCH MIETEN

Das Auto auf Zeit ist eine gute Idee. Mobility, der Schweizer Marktführer für ÖV-nahe Mietstationen (1530 Standorte, über 3000 Autos), ergänzt seine Flotte bis 2023 um 150 Elektroautos und will bis 2030 alle Fahrzeuge elektrisieren (www.mobility.ch). Ins Geschäft eingestiegen sind auch einzelne Elektrizitätswerke (etwa das aargauische AEW, ecargovia.ch). Und mittlerweile haben auch die grossen Autovermieter Elektroautos in ihrer Flotte.

Ehe für alle am 26. September Kein Zwangsouting

Die Ehe für alle beseitigt Ungleichbehandlungen – und bringt auch Vorteile in der Arbeitswelt.

Hans und Ueli, Jacqueline und Myrta leben seit einigen Jahren in eingetragener Partnerschaft. Damit sind sie in vielem gleichgestellt mit Ehepaaren – etwa in Versicherungs- oder Erbfragen –, aber eben nicht in allen Bereichen. Die Öffnung der Ehe für alle beseitigt bestehende Ungleichbehandlungen: Ausländischen Partnerinnen und Partnern steht die erleichterte Einbürgerung offen. Frauenpaare können sich ihren Kinderwunsch erfüllen, und ein gleichgeschlechtliches Ehepaar kann gemeinsam ein Kind adoptieren.

Wichtig in der Arbeitswelt: Heute ist die Angabe des

Zivilstands («in eingetragener Partnerschaft») bei Bewerbungen mit einem Zwangsouting verbunden. Das wirkt sich in der noch längst nicht diskriminierungsfreien Arbeitswelt oft nachteilig aus. Zudem sehen viele grosse Firmen (und auch einige Gesamtarbeitsverträge) Regelungen für Ehepaare im gleichen Betrieb vor, wie etwa das Recht auf gleichzeitigen Ferienbezug. Noch nicht überall gelten solche Regeln auch für eingetragene Partnerschaften.

EIN KLARES JA. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund sagt auch deshalb ja zur Ehe für alle. Kommt das Gesetz durch, werden Hans und Ueli, Jacqueline und Myrta ihre eingetragene Partnerschaft ganz einfach in eine Ehe umwandeln können. Zivilstand: verheiratet. (jk)

workrätsel

Gewinnen Sie 200 Franken in Reka-Checks!



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m. www.reka.ch

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 13
Das Lösungswort lautet: **ALTERSHEIM**

A	D		G	A		O	S														
N	A	C	H	H	E	R	E	R	D	E	T	R	O	L	L						
L	E	A	S	T	E	M	P	E	L	E	B	A	U								
A	N	A	L	Y	S	E	P	A	A	T	L	A	S								
T	E	E	N	S	N	K	O	L	L	A	P	S	C	R							
S	D	B	E	L	A	R	U	S	R	O	H	N	E								
S	T	E	U	E	R	N	G	W	I	C	H	T	I	G							
Z	E	H	N	S	A	A	R	E	T	A	L	R	K	I							
I	S	T	O	L	L	E	N	G	B	E	I	L	E								
R	E	N	T	E	I	G	R	E	G	E	N	A									
L	O	L	E	A	B	S	E	H	E	N	R	M	U	S							
E	B	A	R	D	I	L	L	M	A	S	B	E	S	T							
H	O	O	K	I	U	B	I	E	S	T	I	I									
R	E	S	P	E	N	M	O	O	S	T	E	I	L	E							
R	E	I	S	B	U	G	S	B	E	H	I	N	D	E	R	N					

DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im Hotel Flora Alpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Annemarie Egli-Hänni, Hinwil ZH. Herzlichen Glückwunsch!

Fliegenfanggerät			amerik. Grosskatzen	grossartig (Jugendsprache)	törichtes Geschwätz			Fischöl	jedoch, während	Nasallaut	Weltreligion		eh. Post- u. Tel.-Betrieb		innerhalb	erstrebenswerte Ziele	früher, eher	sächl. Fürwort	
die Unwahrheit Sagen								99-Prozent-...											
kurz für: an dem			Menschen		schon lange								salopp, lässig		alt. Computersystem				
Verbreiten Angst und Schrecken						4		schweiz. Rapper		US-Bundesstaat		Flüssigkeitsmass							klangvoll tönend
					natürl. Haarfarbmittel			Farbmuster auftragen							enthaltensamer Mensch				Kunststoff f. Implantate
kleiner Kellereis	Chronometer Mz.			Gesundheit fördernd								schweiz. Fotograf † 2014 (René)		folglich, somit					
schweiz. Clownen (Gardi)			8					wohl-erzogen, brav		Wundabsonderung		Anwesenheit							7
				veraltet: Schwiegersöhne			Vermittlungsbüro								Hauptstadt d. Türkei		senegal. Musiker (Ismael)		
Teil des Fusses	südspan. Hafenstadt		Kraft, Vitalität						2			Windstille	Meer- riese der nord. Sage						
stimmhafter Laut		6			kel- t. Dichter			Glied- massen		Stim- seite							Berg- zacken (Ez.)		Wasser- einla- gerung
			wilde Acker- pflanze		Appen- zeller Leb- kuchen								Wasser- fahrzeug		Tier- garten				5
unbest. Fürwort	viel zu hoch; ...- Löhne									Besitz (... und Gut)		Umklei- deraum							
Baustein der Materie				Zh. f. Lawren- cium			EG-Nach- folgerin		ungar. Rei- ter- soldat					Film von Spiel- berg (1982)				russ.: ja	
Lauf- strecke	heroi- sche Hand- lung												... weg von den Frauen- renten!						
				Buss- bereit- schaft					Auf nach ... !					Mann- schaft (engl.)					

1	2	3	4	5	6	7	8
---	---	---	---	---	---	---	---

Lösungswort einsenden an: **work**, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 10. September 2021

INSERAT

Hände weg von den Frauenrenten!

Komm an die Demo!
Samstag, 18. September, 13.30 Uhr in Bern
Mehr Infos: unia.ch/haende-weg

UNIA

WORKLESERFOTO



Gepunktete Stengelkünstlerin

WANN 6. August 2021
 WO Stein AG
 WAS Raupe des Schwalbenschwanz-Schmetterlings
 Eingesandt von Rolf Bollhalder, Teufen AR

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
 Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

workquiz

Wie gut sind Sie?



1. Aeschi I: Was ist Thomas Aeschi in seiner Partei?

- a) SVP- Frakturchef?
- b) SVP-Frankaturchef?
- c) SVP-Fraktionschef?
- d) SVP-Friktionschef?

2. Aeschi II: Wer ist bei Thomas Aeschi immer schuld, wenn er von Corona spricht?

- a) der Bundesrat?
- b) das BAG?
- c) der Balkan?
- d) der Berset?



FOTO: KEYSTONE

3. Aeschi III: Wie läuft es Thomas Aeschi faktenmässig so?

- a) böös?
- b) blööd?
- c) bitter?
- d) brillant?

4. Aeschi IV: Was bringt Thomas Aeschi gerne von seinen Fernreisen mit heim?

- a) Einsichten, die ins SVP-Weltbild passen?
- b) Einsichten, die ins SVP-Schweizbild passen?
- c) Einsichten, die ins SVP-Feindbild passen?
- d) Einsichten, die ins SVP-Frauenbild passen?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: d-a-d; 3b; 2a-d; 1c

WORKPOST



WORK 13 / 20.8.2021: «AUCH HIER MÜSSEN WIR ETWAS BEWEGEN»

Interessante Region

Vielen Dank für diesen Artikel! Ich finde es gut, dass work mal was über eine Region bringt und diese etwas genauer beleuchtet.
 RES INEICHEN, MÜNCHENBUCHSEE BE

Frauen in die Emmentäler!

Ist ja schon verrückt, dass erst im 21. Jahrhundert die erste Frau Gewerkschaftsbossin wird in Emmental. Aber wenn man sieht, in welchem Schnecken-tempo in Sachen Gleichberechtigung in Bundesbern gearbeitet wird, ist es vielleicht nur logisch, dass es noch mehr Zeit braucht, bis der Feminis-

mus auch in die abgelegenen Emmentäler kommt!
 LENA MOSER, PER MAIL

Mehr als Kühe und Käse

Ich wusste gar nicht, dass das Emmental auch eine Industrieregion ist. Umso wichtiger, dass die Unia auch dort die Arbeiterinnen und Arbeiter mobilisiert!
 ANNA BERGER, PER MAIL

WORK 13 / 20.8.2021: «ICH BIN RUHIGER UND ZUFRIEDENER GEWORDEN»

Pionierprojekt

Schönes Portrait über Maler Matthias Fröhlicher! Er arbeitet Teilzeit, um sich die

Kinderbetreuung mit seiner Frau zu teilen. Teilzeitstellen sind auf dem Bau leider Mangelware – allzu oft heisst es: «nicht möglich». Schade nur, dass im Artikel mit keinem Wort erwähnt wird, dass die Sozialpartner des Maler- und Gipsergewerbes diesen Missstand erkannt haben und mit dem Projekt Teilzeitbau etwas dagegen unternehmen. Die Unia ist in diesem Pionierprojekt übrigens aktiv mit dabei.
 BARBARA RIMML, PROJEKT TEILZEITBAU

WORK 13 / 20.8.2021: STREIKEN BEI BURBERRY

Nichts mehr kaufen!

Diese Marke boykottieren!
 BARBARA SCHNIDER, VIA FACEBOOK

Manchmal hilft nur streiken

Anders geht es bei diesen «Chefs» nicht!
 RAFFAELE SPILIMBERGO, VIA FACEBOOK

WORK 13 / 20.8.2021: «OHNE DIE UNIA HÄTTE ICH DAS GELD WOHL NIE BEKOMMEN»

So wichtig ist die Gewerkschaft

Es zeigt wieder mal, wie wichtig eine Mitgliedschaft bei der Unia ist. Ohne eine starke Gewerkschaft im Rücken wäre der Schreiner wohl leer ausgegangen. Mit der erhaltenen Entschädigung sind die Gewerkschaftsbeiträge für Jahrzehnte finanziert!
 GORAN TRUJIC, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 12 / 2.7.2021: WER WENIGER VERDIENT, IST FRÜHER KRANK

So geht Klassengesellschaft!

Das ganze Leben arbeiten wie ein Ochse, damit man alles bezahlen kann, im Alter kaum Geld und dafür früher krank und schneller auf dem Friedhof. So geht die Klassengesellschaft!
 THOMAS SCHIEWECK, VIA FACEBOOK

WORK 13 / 20.8.2021: NZZ AM SONNTAG ERKLÄRT DISKRIMINIERUNG DER FRAUEN BEIM LOHN FÜR BEENDET...

Ganz schön dreist

Das ist schon ziemlich dreist, was sich die NZZa da leistet. Und auch unseriös, wenn man die Daten nicht mal überprüfen kann.
 ISABELLE MÜLLER, BREMGARTEN AG

WORK 13 / 20.8.2021: DIE SP LANCIERT AFGHANISTAN-APPELL

Wir könnten noch viel mehr

Es ist ja lobenswert, dass die Sozialdemokraten diesen Appell lanciert haben. Aber der Appell ist auch etwas mutlos. Warum nur 10000 gefährdete Frauen und Mädchen? In unserem reichen Land können wir mehr Menschen Schutz bieten. Und damit endlich beweisen, dass die vielzitierte humanitäre Tradition nicht nur eine leere Worthülse ist.
 CLARA METTLER, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe@unia.ch, **Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**



NORA HUNZIKER POLITISCHE MUSIK

Musik hat Nora Hunziker seit je begleitet. Früher stand sie auf Hip-Hop und später auch auf Punkrock. Heute legt sie selbst auf. Bei «Clit au Riz», einer Gruppe von DJs, die mehr machen, als Soul, Hip-Hop, Trap und Dancehall von anderen Künstlern aufzulegen. «Wir haben eine politische Botschaft», betont Hunziker. Es ist ein Versuch, die Frauen zu stärken und dem Patriarchat entgegenzutreten. «Frauen, nein, alle, die unter dem Patriarchat leiden, gehören auf die Bühne.» Ihr Wunsch: dass sich alle auf der Tanzfläche wohl fühlen.

FREUNDLICH. Einen ähnlichen Wunsch hat sie für die Menschen auf der Strasse. Keine bösen Blicke, kein abgewandter Kopf, kein abschätziges Schnalzen mehr. «Manche fragen nur nach einem Stütz. Da muss man nichts geben. Aber man kann freundlich bleiben. Wie zum Nachbarn oder zur Bankdirektorin», betont Hunziker. Mensch sei schliesslich einfach Mensch. Egal, wie er wohnt.

Nora Hunziker arbeitet 50 Prozent und verdient 2878.75 Franken pro Monat netto.

Gassenarbeiterin **Nora Hunziker** über Solidarität, Spass und das Leben auf der Strasse

«Wir müssen für die Menschen den Spielraum ausreizen»

Ein offenes Ohr, einen hellen Kopf, zwei praktische Hände und keine Berührungängste: Das braucht Nora Hunziker bei ihrer Arbeit. Die 28jährige ist Gassenarbeiterin in Bern. Sie könnte sich keinen besseren Job vorstellen.

SARAH FÖRRER | FOTOS YOSHIKO KUSANO

Nora Hunziker sitzt draussen in einem Café. Vor sich einen Cappuccino mit Hafermilch. In der Hand eine selbstgedrehte Zigarette. Sie denkt über die erste Frage nach. Eine Knacknuss: Wie nennt die Gassenarbeiterin die Leute, mit denen sie arbeitet? Obdachlose nicht. Randständige? Ausgeschlossen. Klientinnen, Nutzer, Besucherinnen. Oder einfach Menschen ohne festen Wohnsitz? «Wir suchen noch nach der korrekten Bezeichnung», fasst sie lachend zusammen. Ein Entscheid, der basisdemokratisch gefällt wird. Wie so vieles bei der kirchlichen Gassenarbeit Bern.

Seit drei Jahren arbeitet die 28jährige beim Verein. Eine Arbeit, die ihr entspricht. Das Team, vier Frauen und ein Mann, ist klein. Die Entscheidungswege kurz. Die Freiheiten gross. Und der Kontakt mit den Menschen auf der Strasse auf Augenhöhe. «Unser Angebot ist freiwillig. Da ist kein Zwang», so Hunziker. Gut die Hälfte der Zeit verbringt die gebürtige Aargauerin auf der Gasse. Mal am Morgen, mal am Mittag, mal am Abend. Dreht ihre Runden vom Bahnhofplatz bei der Heiliggeistkirche über die kleine Schanze zur Münsterplattform. Sie geht auf die Menschen zu. Wer reden will, redet. Wer nicht will, muss nicht. Einigen verteilt sie sauberes Spritzenmate-

rial und Kondome. Anderen schenkt sie ein offenes Ohr. Hört zu, wenn die Frauen und Männer von ihrem Alltag auf der Strasse erzählen. Von der neuen Liebe, vom kranken Hund oder vom «Gstürm» mit einem Amt. Auch Spässe haben Platz. «Wir lachen oft. Viele haben einen eigenen Humor, der mir sehr gut gefällt.»

GRENZEN. An zwei Nachmittagen ist das Gassenarbeitsteam im Büro anzutreffen. Dann kommen die Menschen zu ihnen. An manchen Tagen werden sie überrannt. An anderen kommen sie tröpfchenweise oder erst gegen Abend. «Man weiss nie, was auf einen zukommt.» Spontan und flexibel müsse man sein. Auch im Kopf. Oft muss Nora Hunziker innert kürzester Zeit in komplexe Themen eintauchen. Wie kürzlich bei einer Klientin. Diese ist mit einem Mann verheiratet, der das Geschlecht gewechselt hat. «Nun wollte sich meine Klientin von ihr trennen», sagt Nora Hunziker. Klar, könnte man meinen. Ganz und gar nicht für die zuständigen Behörden. «In einigen Dokumenten wurde meine Klientin plötzlich zum Ehemann», sagt Nora Hunziker und holt aus: Dies sei dem patriarchalen System geschuldet. Es brauche ein Familienoberhaupt. Und wenn das männliche Oberhaupt weiblich werde, werde halt das weibliche männlich. «Da staune ich schon über unser veraltetes System.»

Und wie sieht es mit Pöbeleien aus? Gehören diese zur Tagesordnung? Mitnichten! Das erlebt sie selten. Wohl auch, weil das Angebot freiwillig ist, und die Gassenarbeiterinnen und -arbeiter stark auf der Beziehungsebene arbeiten. Wenn doch mal



ARBEITSORT STRASSE: Sozialarbeiterin Nora Hunziker schenkt den Menschen auf der Gasse ein offenes Ohr.

jemand ausfällig wird, setzt sie Grenzen. Beispielsweise als ein älterer Herr eine Mitarbeiterin ständig «Fräulein» nannte. Da machten ihm die Sozialarbeiterinnen klar: Das geht nicht. «Wir wollen bei uns keinen Sexismus, keinen Rassismus, keine Gewalt. Und in den Büroräumen wird weder Alkohol getrunken noch werden Drogen konsumiert.» Diese Regeln würden auch gut eingehalten. Da gebe es wenig Probleme.

GERECHT. Mehr zu schaffen macht Nora Hunziker etwas anderes: wie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den Institutionen mit den Menschen umspringen. «Ich ärgere mich immer wieder über ihre Ignoranz und Abgestumpftheit. Das verstehe ich nicht.» Für Hunziker ist klar: «Wir müssen für die Menschen den Spielraum ausreizen. Wir müssen sie mit allen Mitteln

unterstützen und nicht noch Steine in den Weg legen.»

Dieser Gerechtigkeitssinn kommt nicht von ungefähr. Schon als Kind hat sich Nora Hunziker für Schwächere eingesetzt. Ihre Mutter ist Anwältin für Familienrecht. Daheim wurde oft und viel diskutiert und politisiert. Mit 16 Jahren ist sie der Juso beigetreten; das Linkste, was Brugg zu bieten hatte. «Ich war schon immer ein politischer Mensch.» Nach ihrem Umzug nach Bern vor acht Jahren arbeitete sie im Dachstock der Reitschule mit. Heute gehört sie zwar keiner Partei mehr an, aber Diskussionen liebt sie nach wie vor: «Ich sitze gerne in Beizen und quatsche», sagt sie und guckt auf den halbvollen Kaffee und die angefangene Zigarette im Aschenbecher. Sie lacht: «Weder geraucht noch getrunken, einfach mal wieder verplaudert!»

**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriff, kritisch, frech.**

work abonnieren.

**Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Daniel Behruzi, Peter Bodenmann, Sarah Forrer, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Grossebacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossebacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69'344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.